

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Feyer.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kisteplatz 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **495000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

### Terrorismusgeschrei.

Die Vergewaltigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung soll mit Nachdruck betrieben werden. Das zeigt nicht nur die geplante Entrechtung der Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung, sondern auch das Bestreben der Scharfmacher, der Junker, der Regierungskreise und ihrer Gefolgschaft, der deutschen Arbeiterklasse mit Ausnahme, wenn eben möglich, mit Zuchthausgesetzen aufzuwarten. Jahrelang wird schon gemöhlt. Wer sich zum Beispiel über das Bestreben der Scharfmacher und ihrer Gefolgschaft in der Frage des Mitbestimmungs- und Verwaltungsrechts der Arbeiter in den Versicherungskassen orientieren will, braucht ja nur das im Laufe der Jahre zusammengeschleppte Material zu prüfen. Wo auch das geringste Vorkam in den Ortskrankenkassen, wurde der „Fall“ aufgeschleppt und zur Begründung der arbeitserneuerlichen Pläne mächtig ausgeschlachtet. Um Material zu erhalten, arbeiteten sich Scharfmacher, Behörden, „Christliche“ und gelbe Gewerkschaften, wie die verschiedenen reaktionären Parteien getreulich in die Hände. Ob das Material einwandfrei war, danach haben die Leute in ihrem Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht gefragt. Wer erinnert sich nicht der Denkschrift der Reichsregierung, die die Zuchthausvorlage süßen und begründen sollte? Und wer kennt nicht das zusammengestopelte und zusammengelogene Zeug, das die Reichsverbände gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auch in der Frage der Krankenkassen gesammelt haben — wie gesagt, unter getreuer Assistenz der „Christlichen“? So geht es jetzt mit Wollwusch aus Sammeln von allerhand Terrorismsgeschichten.

Welche Absichten mit dem Geschrei über den „freigewerkschaftlichen Terrorismus“ verbunden sind, ist schon ausgesprochen worden. Wer weiß, wie lange es noch dauern wird, und so eine Art Zuchthausvorlage ist da. Darauf weist die systematische Tätigkeit hin, wie sie durch die Scharfmacher und die Dunkelkammer betrieben wird. Allen voran die „Christlichen“ Gewerkschaftsorgane und die Zentrumspresse. In den christlichen Gewerkschaftsblättern kann man fast in jeder Nummer von allerhand „Vergewaltigungen“ christlicher und unorganisierten Arbeiter durch die freigewerkschaftlichen Arbeiter lesen; von einer „Ausfaltung“ christlicher Arbeiter aus den Betrieben, von Monopolverträgen u. s. w. Diese Terrorismsgeschichten sind aber in 99 bis 100 Fällen erlogen und entstellt. Aber die Wirkung bleibt dieselbe wie beim Material, das gegen das Verwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen und bei der Zuchthausvorlage zusammengetragen war. Das Besondere beim christlichen Terrorismsgeschrei ist noch, daß fast an jeden „Fall“ ein Hinweis auf Ausnahmefälle, die die „roten Terroristen heraufbeschwören“, geknüpft wird. Man beliebt eben den Leufel so lange an die Wand zu malen, bis er da ist. Ein Ziel, das die „Christlichen“ aufs innigste wünschen.

Ausnahmefälle gegen die freien Gewerkschaften, damit die christlich-nationale Arbeiterbewegung Luft bekommt! Bei einer freien Entwicklung sehen sich die christlich-nationalen Organisationen zu ständiger Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit gegenüber den freien Gewerkschaften verdammt, und dieser Zustand wird den ersteren immer unerträglicher. Nur so ist das ekelhafte und erlogene Geschrei über Terrorismsgeschichten in den christlichen Organen zu verstehen.

Wir streiten nicht ab, daß Terrorismsgeschichte sich ereignen. Wo geschieht das nicht? Katholische Facharbeiter schreiben über Terrorismsgeschichte der „christlichen“ Gewerkschaften und umgekehrt. Wo Organisationen verschiedener Richtungen sich gegenüberstehen, auch im Unternehmerlager, ist man ja auch allzuleicht geneigt, jeden schiefen Blick als Terrorismsgeschichte aufzufassen. Aber das eine steht fest, daß sich in den freien Gewerkschaften der Terrorismsgeschichte breiter macht als sonstwo auch. Wir gehen nicht einmal fehl, wenn wir sagen, daß der Terrorismsgeschichte am schlimmsten ist, wo man über ihn am meisten schreibt und zeteriert. Das ist eine Binsenwahrheit. Und dann ist noch die Frage zu prüfen, wie denn der Terrorismsgeschichte entsteht und zustande kommt.

Wenn sich „christliche“ Gewerkschaftler durch Denunziation, Streikbruch und sonstigen Verrat in den Betrieben ausgezeichnet haben, wenn sie durch Hinterlistigkeiten aller Art den Arbeiter um die Früchte oft jahrelanger Arbeit bringen, wenn sie geradezu den Hemmschuh für das wirtschaftliche Fortkommen der Arbeiter in den Betrieben bilden, dann kann man verstehen, wenn ehrlichen Arbeitern die Galle überläuft und sie dem verlogenen und verräterischen Gesellen im Christentum die Meinung sagen, oder herkommen und sich diese Vurche vom Leibe zu halten suchen. Wo die christlichen Kameradschaftlichkeit pflegen, Klassenjohndarität üben, den Verrat und die Hinterlist meiden, kommen sie nicht in die Lage, über Terrorismsgeschichte zu flagen.

Man erinnere sich aber nur daran, was sich seit der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrbecken im christlichen Gewerkschaftslager alles ereignet hat, ein Streikbruch jagte den andern, Tarife wurden christlicherseits hinter dem Rücken der freien Gewerkschaften abgeschlossen, offen wie heimlich geht man mit den Unternehmern Hand in Hand, und nur zu dem Zwecke, den freigewerkschaftlichen Arbeitern zu schaden; Dukende derartiger

Fälle haben sich in letzter Zeit ereignet, die zum Teil schon in der Presse erörtert worden sind.

Wie die „Christlichen“ gleich den Gelben den guten Namen der deutschen Arbeiterklasse in den Kot treten, dafür heute wieder folgende Beweise:

In Düsseldorf beabsichtigten in der großen Wauschloffererei Meißwinkel die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Firma einige Forderungen zu unterbreiten. Die Branchenleitung hielt eine Mitgliederbesprechung ab, und nun stellte sich heraus, daß auch eine Anzahl „christlicher“ Arbeiter im Betriebe waren. Man beschloß deshalb, mit dem christlichen Verband gemeinsam vorzugehen und acht Tage später eine gemeinschaftliche Versammlung abzuhalten. Das geschah auch. Die Christlichen wurden eingeladen und die Versammlung fand statt. Obwohl also der Deutsche Metallarbeiter-Verband ganz korrekt vorging, stellte sich doch heraus, daß Herr Leupke, der Angestellte des christlichen Metallarbeiterverbandes, bereits vor der gemeinschaftlichen Versammlung bei dem Unternehmer vorstellig war, und zwar hinter dem Rücken der Arbeiter, auch der christlichen! Er hatte den Unternehmer ersucht, nichts davon zu sagen, daß er dagewesen sei.

In dem Betriebe der Kontrollergesellschaft, gleichfalls in Düsseldorf, herrschten sehr schlechte Arbeitsverhältnisse. Als nach verschiedenen Verhandlungen die Zustände keine durchgreifende Besserung erzielten, beschloß eine Betriebsversammlung, die Sperre zu verhängen. Das konnte mit Aussicht auf Erfolg geschehen wegen des riesigen Wechsels der Arbeiter. Bis dahin waren nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dort beschäftigt. In der betreffenden Versammlung meldete sich nun ein „Christlicher“, der mittlerweile dort angefangen hatte und erklärte, er sei mit der Sperre einverstanden, er bitte aber, seine Organisation in Kenntnis zu setzen. Das Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes, Hahn, benachrichtigte Herrn Leupke telefonisch und machte ihm den Vorschlag, mit ihm gemeinschaftlich bei dem Direktor vorstellig zu werden, womit sich Leupke einverstanden erklärte. In Anbetracht des Umstandes, daß nur ein christliches Mitglied im Betriebe war, sicher ein außerordentliches Entgegenkommen. Was tat Herr Leupke? Er wurde hinter dem Rücken des Metallarbeiter-Verbandes allein vorstellig und schloß mit dem Direktor einen Vertrag ab. Man denke, er hatte ein Mitglied im Betrieb und der Deutsche Metallarbeiter-Verband 20. Der Firma stellte er dann trotz der Sperre Arbeitskräfte zur Verfügung. Firma 12 Christliche nahmen auf Anweisung ihres Verbandes als Streikbrecher die Arbeit auf.

In der Baubeschlagsfabrik Hahn in Neuß waren sämtliche Arbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Das mußte wohl Herrn Hahn, der ein Zentrumsmann und guter Katholik ist, nicht passen. Er setzte sich mit dem „christlichen“ Metallarbeiterverband in Verbindung und stellte nur noch Christliche ein. Bald hatten diese das Übergewicht. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurden von der Einstellung gänzlich ausgeschlossen! Ein Unorganisierter erhielt von der Firma das Beitrittsgeld mit der Weisung, sich in den „christlichen“ Verband aufnehmen zu lassen. Unseren Mitgliedern legte man wiederholt nahe, zum christlichen Verband überzutreten. Als nun Herr Hahn den Schleifern, die alle drei dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörten, einen Abzug von 10 Prozent machte, kündigten diese, und selbstverständlich wurde die Schleiferei gesperrt. Obwohl der „christliche“ Verband genau über die Sache informiert war, ließ er sofort einen Streikbrecher anfangen. Der Unternehmer entließ nun den Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am Morgen nach einer Betriebsversammlung, an der auch drei „Christliche“ teilnahmen! Auch ein anderes Mitglied vom Verbande mußte mit aufhören. Unsere Kollegen wandten sich an den „christlichen“ Verband mit der Frage, wie er sich dazu stelle. Herr Leupke antwortete, er habe sich erkundigt, die Entlassungen seien zu Recht erfolgt, der christliche Verband könne sich nicht daran! Nun stellte der Unternehmer, der ja den christlichen Verband im Rücken hatte, an die noch im Betrieb befindlichen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Ansuchen, entweder die Sperre aufzuheben oder er würde sie alle hinauswerfen. Natürlich krochen unsere Kollegen nicht ins Maulloch, sie hoben die Sperre nicht auf und Herr Hahn hielt Wort: Er warf sie alle auf die Straße! Zwei kippeten schließlich um, sie traten aus dem Verband aus und durften dableiben. So „siegte“ der fromme Unternehmer und sein christlicher Schutzverband gemeinsam über die freie Gewerkschaft.

In Hagen-Schwelm brachen bei der Firma Eicken & Co. wegen Betriebsmishandlungen Differenzen aus. 80 Prozent der Arbeiter sind organisiert, davon die meisten im „christlichen“ Metallarbeiter-Verband. Am 4. April wurden plötzlich ohne Kündigung fünf Drahtzieher entlassen, zwei der Entlassenen gehörten dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, zwei der christlichen Organisation und einer dem Gewerbeverein S.-D. an. In einer gemeinschaftlichen Versammlung wurde beschlossen, die Wiedereinstellung der Gemäßregelten zu beantragen. Hier schon suchte der Christenführer Alf die Gebündigten zu veranlassen, bei der Betriebsleitung um gut Wetter anzuhalten, die Versammlung aber beschloß die Einreichung der Klage beim Gewerbegericht, und in einer weiteren gemeinschaftlichen Versammlung sollten weitere geeignete Schritte unternommen werden. Der Vertreter der Kirche erklärte damit sein Einverständnis, während der Christenführer plötzlich erklärte, die Bewegung nicht mitmachen zu wollen. Wir halten keine gemeinschaftlichen Versammlungen mehr ab.“ Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

und der der Kirche sagten darauf, daß durch die Haltung der „Christlichen“ die Sache der Drahtarbeiter verloren sei. Die Schuld trüge voll die christliche Organisation, die ihrer Sonderinteressen halber die Existenz von Arbeitern opfert. Jedemfalls war der christlichen Organisation um die Kosten bange, die ein eventueller Kampf verursacht hätte.

Wie es die „Christlichen“ beim Wauschlofferstreik in Stuttgart treiben, wurde in Nr. 17 (Seite 139) gezeigt.

In Eilenburg hat der christliche Bezirksleiter Winter den Unternehmer befehligt und ihm Streikbrecher für den Fall angeboten, daß die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die in der Reparaturwerkstätte der Zellulosefabrik beschäftigt sind, auch die Arbeit einstellen. Da unser Verband keine Mitglieder nicht zu einer nutz- und zwecklosen Arbeitseinstellung veranlassen, hatte Winter und seine Verbandspresse die Frechheit, von Streikbruch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu reden.

Und so treiben es die „Christlichen“ fort und fort. Verrat reiht sich an Verrat. Führer der freien Gewerkschaftsbewegung, die mit den Christlichen zu tun haben, klagen überall, daß trotz des größten Entgegenkommens die Christlichen zu allem fähig seien. Treu und Glauben sind den meisten Christenführern unbekante Begriffe geworden. Und da schreit man über Terrorismsgeschichte Freigewerkschaftlicher, wenn diese in berechtigtem Zorn den Christen die Wahrheit sagen. Wie haben die Christen über Streikbruch und Treubruch der Arbeiter geschrieben, wie waren sie über solche elenden Streiche empört und entsetzt! Aber die Dinge haben sich allmählich zu entwickeln, daß alles das, was die christlichen Gewerkschaften über die schändlichsten Verräterei geschrieben, auf sie jetzt selbst zurückfällt. Daß unter solchen Umständen vernünftig denkende Arbeiter sich mit Abscheu aus solchen Organisationsgebilden wenden, ist selbstverständlich, und ebenso klar ist, daß die freien Gewerkschaften immer mehr und mehr als die wirkungsvollste und ehrlichste Arbeitervertretung anerkannt werden. Das sehen auch die Christenführer ein. Darum ihr Zusammenwirken mit den Scharfmachern, darum ihr verlogenes Terrorismsgeschrei und darum die Sehnsucht, daß mit Hilfe der Gesetzgebung den freien Gewerkschaften die Bewegungsfreiheit unterbunden werde, ohne Rücksicht darauf, daß schließlich die christliche Arbeiterklasse genau so unter Entrechtung und Vergewaltigung zu leiden hat, wie die sozialdemokratischen Arbeiter. Nur so weiter, die deutschen Arbeiter werden den christlichen Heerführern die Antwort nicht schuldig bleiben.

Wir haben in Nr. 5 (Seite 40) geschrieben, daß man keine allgemeine Regel darüber aufstellen könne, ob es zweckmäßig sei, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tarifstreuen Betrieben auszuschließen, darüber müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Die „christliche“ Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, dieses ausgeprägte Jesuitenorgan, bezeichnet unsere Bemerkung als zynisch. Und der Tischgenosse der Scharfmacher, der Herr Giesberts, verfiel sich im Reichstag dazu, wir wollten den „Christlichen“ von Fall zu Fall die Fälle umdeuten. Wir brauchen uns gegen eine solche Unterstellung nicht zu verwahren, sie ist eine gemeine Verdächtigung. Wir haben damals mit Absicht auf diese Anwürfe nicht reagiert, weil wir aus Erfahrung wissen, daß sich bald Beispiele genug finden würden, die unsere Bemerkung rechtfertigen. Und wie die oben geschilderten Vorgänge zeigen, war unsere damalige Äußerung mehr als gerechtfertigt. Wer fortgesetzt so wider Treu und Glauben verflöht, wie diese „Christlichen“, kann nicht den Anspruch erheben, bei Tarifabschlüssen berücksichtigt zu werden.

### Der unlautere Wettbewerb auf dem Waren- und Arbeitsmarkt.

Die große französische Revolution von 1789 brachte den Sieg des liberalen Gedankens, des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus. Die Niederbrechung der Junkenmacht und des gesamten Feudalismus mit seiner Beschränkung der persönlichen Freiheit in allen möglichen Formen machte die gebundenen Kräfte frei; es wurde die Freiheit der Arbeit, die Gewerbefreiheit, die freie Konkurrenz proklamiert. Man ging in der Revolutionsperiode so weit, nicht nur die Zunftorganisationen, die sich mit ihrer Engstirnigkeit und Verlogenheit wirklich als unerträgliche Hindernisse der Entwicklung erwiesen hatten, zu unterlagen, sondern auch die Gründung neuer, moderner wirtschaftlicher Vereinigungen zu verbieten. Die Verfassung von 1791 enthält das ausdrückliche Verbot der Arbeiterkoalitionen, also eine neue Beschränkung der für die Arbeiter kaum gewordenen Freiheit. Mitlen in der Revolution, die sie gemeinsam mit den Arbeitern durchgeführt hatte, vergaß die Bourgeoisie nicht ihre besonderen Klasseninteressen, sie verhöhnte durch die Entrechtung der Arbeiter die Parole der Revolution von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Dieser schmähliche Verrat der herrschenden Klassen an ihren beschlossenen Verbündeten ist eine in der Geschichte aller Zeiten und aller Länder sich immer wiederholende Erscheinung, die wir zum Beispiel in Deutschland in dem Verhältnis der Zentrumspartei zu den katholischen oder „christlichen“ Arbeitern jeden Tag immer wieder aufs neue verzeichnen können. Tatsache ist also, daß die französische Revolution die Gewerbefreiheit mit der entsetzten freien Konkurrenz brachte und infolgedessen ein wilder Kampf aller gegen alle, der Unternehmer auf dem Warenmarkt und der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt begann. Der wilde und schrankenlose Konkurrenzkampf wurde aber auf Kosten der Arbeiter geführt, während die Unternehmer sich dabei maßlos

berechneten die Goldberge zu den heutigen Milliarden und Reichthümern der Bourgeoisie anlegten. Jedes hatte dieser Konkurrenzkampf trotz der fortwährenden immensen Bereicherung der Bourgeoisieklasse für die einzelnen Unternehmer seine vielen und großen Unannehmlichkeiten und gar mancher von ihnen ist ihnen zum Opfer gefallen und auf der Strecke geblieben.

Unter diesen Umständen dachte man daran, den vernichtenden freien Konkurrenzkampf, der nur ein Kampf der Angehörigen der Bourgeoisie unter sich, ein innerer Familienstreit der Unternehmer war, zu mildern, einzuschränken oder ganz aufzuheben, um dem selbstmörderischen Gebaren ein Ende zu machen. Die zu diesem Zwecke ergriffenen Maßnahmen waren solche der Selbsthilfe und der Staatshilfe. Es entstanden die Unternehmervereinigungen aller Art und mit allen möglichen Namen, wie Berufsvereine und Berufsverbände, Gewerbevereine, Innungen, Genossenschaften, Kartelle, Syndikate, Konventionen, Trusts, Betriebsfunktionen, nationale und internationale Verbindungen etc. Der Staat gewährte die wirksamste Hilfe in Form der Schutzzölle, die Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt schützten und ihnen hier eine mehr oder weniger vollkommene Monopolstellung mit Preisstabilität durch die wirtschaftlichen Vereinigungen sicherte. Er regelte das Submissionswesen, die Börse, schuf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und verschiedene anderweitige Maßregeln.

Durch alle diese Organisations-, Gesetze-, Verordnungen etc. ist die freie Konkurrenz sehr stark eingeschränkt, in vielen Gewerben und Industrien geradezu aufgehoben worden. Es sei nur an die Syndikate in der Kohlenindustrie für Kohlen, Koks und Bricketts, in der Eisen- und Stahlindustrie für Halb- wie Ganzfabrikate, in der Papierindustrie, in der chemischen Industrie, in der Zündindustrie der Steine und Erden, in der Textilindustrie, in der Lebens- und Genussmittelindustrie etc. erinnert. Die Trusts sind heute in Europa an der Herrschaft wie in Amerika, regeln hier wie dort bis zu einem gewissen Grade die Produktion, setzen einheitliche Verkaufspreise fest und schalten so in ihrem Machtbereich die Konkurrenz aus. Das ist das Privatmonopol des Kapitals, das der demokratische Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Cleveland, auch den „Sozialismus des Mammons“ nannte.

Diese Privatmonopolistischen Bestrebungen des Kapitals sind übrigens alt und reichen weit in der Geschichte zurück. So wird von einer Syndizierung des Kupfers schon Ende des 15. Jahrhunderts berichtet. Ulrich Jagger in Augsburg, Sigmund Großfennbröt und Jörg Herwart, jeder für sich, seine Gesellschaft und „Brüder“ auf der einen, Hans Paumgartner und Hans Knoll und „ihre Gesellschaft oder Mitverwandten“ auf der andern Seite, schlossen am 12. Mai 1498 miteinander einen Vertrag ab, nach dem 2560 „mehler“ Kupfer kostenlos nach Venedig geliefert und hier „allein durch ein Hand verkauft werden“ sollten. Die zuerst genannten Firmen (Großfennbröt und Herwart) hatten 960 mehler, Paumgartner und Knoll 800 mehler schwarzer Kupfer zu liefern und außerdem Ulrich Jagger 800 mehler feingegerichtet Kupfer von Ungarn, das doch an der gute dem schwarzen Kupfer gleich oder mit Lecker sehr kostbar. Außer diesem Vertrag sollte keine der Kontrahenten Kupfer in Venedig verkaufen oder auf seine Rechnung verkaufen lassen, bis die 2560 mehler ganz verkauft seien. „Auch sollen Paumgartner und Knoll und Gesellschaft den von Schwarz nützlichem kein Kupfer zu Venedig zu verkaufen, noch gestatten, von andern kains verkauft wird bis zu ausgehend ihres Vertrags, so sie mit einander in Kupfer Kauf haben, und sich auch zu Bögen (Bozen) mit verkaufen gebührt halten, dadurch desselben Kupfers zu Venedig zu verkaufen mit haben bringen mocht.“ Sie waren also verpflichtet, zu verhindern, daß überhaupt von Schwarz Kupfer auf den Markt von Venedig gebracht werde und hatten auch bei ihrem Kupferhandel in Bozen, wie man heute sagen würde, auf Preise zu halten. Der Verkaufspreis war auf 43 Dukaten für ein mehler gegen Bar, 46 Dukaten auf ein halbes Jahr und 47 Dukaten auf ein Jahr Borgfrist festgesetzt und durfte nicht ohne Zustimmung aller Parteien höher angelegt werden. Größere Posten durften gegen Bar um 43, auf ein halbes Jahr um 45 und auf ein Jahr Borgfrist um 46 Dukaten verkauft werden. An den Kaiser durfte nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung aller Parteien verkauft werden. Die gemeinsame Verkaufsstelle hatten die Jagger auf Rechnung der Wittensbrüder zu führen.

Später bildeten Großfennbröt, Knoll, Paumgartner und Herwart zusammen ein Konjorium, das durch einen Vertrag vom 2. September 1499 von Jagger den in Venedig noch vorhandenen Kupfermarkt sich überschreiben ließ, was die Aufhebung des Ringes vom 1498 bedeutete. Jagger machte aber mit dem Konjorium ein Gegengewicht, indem dieses sich verpflichtete, ihm auf die Frankfurter Messe 600 „mehler“ Kupfer, den mehler mit seinen gewöhnlichen Tara oder Ingot und 49 Gulden reinlich gerechnet, zu liefern.

Die Verträge, die Konkurrenz, den Kampf wie den unlauteren Wettbewerb, auszuschalten, um die Preise zu diktieren und hochhalten zu können, sind also alt und von den Anfängen mit der Beschränkung der Zahl der Meister, der Festsetzung der Lehr- und Wanderpreise, der Abgrenzung der Arbeitsgebiete und der Festsetzung der Preise in ein System gebracht worden. Die Praxis der modernen Kartelle und Trusts bedeutet eine Erneuerung und Wiederbelebung der Praxis der mittelalterlichen Zünfte, nur mit dem Unterschied, daß sie auf erhöhter Stufe stehen, in ganz anderer Umfang und mit ganz anderer Bedeutung sich vollzieht. Beschränkung des Gewerbesmonopols der Zünfte auf den lokalen Markt, zu beherrschten und internationalen die Trusts und die Kartelle das ganze Land, durch internationale Vereinbarungen sogar die ganze Erde.

Die Trusts bilden die Konjorimente, mitunter ihre Konkurrenz und ihren Wettbewerb ihre Mitglieder, bis sie wiederstandslos dem Organismus eingegliedert sind. An Stelle der vielen Herren im Kampf tritt als der einzige der Trust, aber mit konzentrierter und erhöhter Macht wird er ein Einzel in einem, eine wirtschaftliche Größe, die sich mit dem Glücke mißt und ihm ebenso Vorurteilen und Behaltungsmaßregeln diktiert wie einem jeden seiner eigenen Mitglieder. Der wirtschaftliche Einzel hat sich bekanntlich mit der Zeit die Syndikate geschaffen, kritischen Situationen in der Lage abzuwenden, daß er sich lösen, so in der Selbstindustrie und in der Kohlenindustrie, einfach als Teilnehmer anzuschließen, um den Kauf von die Lagen der Konjorimente mitzumachen. Dem hat der Einzel auf, über der Konjorimente zu stehen und die Interessen der Gesamtheit ihr gegenüber zu vertreten, sondern er wird Partei für die Konkurrenz der Konjorimente und gegen das eigene Volk. Daraus auch der große Einfluß der Substitutionswaren in Preisen und Werten auf die Beschäftigung und Verteilung, auf das ganze öffentliche Leben — daraus auch sind die syndikalistischen Arbeitervereine, die syndikalistischen Schmarotzer, Geher und Wähler, die syndikalistischen Terroristen in den Reihen der Syndikatskinder, der Teilnehmer sowohl wie ihrer Angehörigen.

Für die Syndikalisten und Terroristen der Unternehmerbewegung die Trusts sind ein Beispiel aus der jüngsten Zeit angeführt. Das Syndikalistisch-Verfallene Jemenhild in Bochum liegt mit der Familie Meier im Streit. Zur Unterbrechung von Differenzen hat der Aufsichtsrat des Syndikats, wie der Berliner „Lohndrucker“ berichtet, den Professor Gatz in Grotz-Dietrichsdorf und den Direktor Ziemann in Bochum beauftragt. Dienen beiden

Beauftragten hat die Fabrik „Meteor“ den Zutritt zu den Fabrik-Etabliements und die Einführungen in die Bücher verweigert, trotzdem jedes dem Syndikat angehörige Werk vertraglich hierzu verpflichtet ist. Infolge dieser Differenzen hat der Aufsichtsrat des Syndikats folgenden Beschluß gefaßt:

Die Fabrik „Meteor“ wird bestraft:

1. mit 20 000 M., weil „Meteor“ dem vom Aufsichtsrat mit einer Revision beauftragten Herrn Professor Gatz den Zutritt zur Fabrik verweigert hat;
2. mit 20 000 M., weil das Werk „Meteor“ dem mit einer Revision beauftragten Direktor Ziemann die Aktien und Bücher nicht zur Einführnahme vorgelegt hat;
3. mit 50 000 M. wegen seiner Lieferungen in „Meteor Extra“ an die königliche Eisenbahndirektion in Köln.

Satzungsgemäß werden vorstehende Summen gegen die sich ergebenden Guthaben des Werkes „Meteor“ solange verrechnet, bis die 90 000 M. gedeckt sind.

Welches Indiergeheul über „sozialdemokratischen Terrorismus“ würden die Arbeiterfeinde und Schatzmacher, allen voran die Deutsche Arbeiter-Zeitung und der Reichs-„Wahrheits“-Verband erheben, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Regierung zum Einschreiten aufheben und Strafbefehlsdruckprozess mit Anklage wegen Verleumdung und Entprestung fordern, wenn eine freie Gewerkschaft sich auch nur ähnlich gegen ein streikbrechendes Mitglied zum Beispiel erlauben würde. Da es aber syndikalisierte Kapitalisten sind, die derart haufen, ist alles in Ordnung und heißt es: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“

## Die Frauenarbeit in der Metallindustrie.

### II.

#### Art und Umfang der Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Wenn die Frauenarbeit in größerem Umfange zuerst in der Textilindustrie Eingang fand, so ist das wohl hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen. Zunächst war Spinnen und Weben bereits vor der industriellen Epoche ganz oder zum Teil eine Arbeit der Frauen, die in hausindustrieller Tätigkeit entfaltete wurde. Dann aber erforderten die Spinnmaschinen und die mechanischen Webstühle nur eine aufmerksame Bedienung und Wartung, nur in einzelnen Fällen war auch da größere manuelle Geschicklichkeit erforderlich. Ganz anders lagen die Verhältnisse in der Metallindustrie. Hier handelte es sich keineswegs um einen Beruf, der zur späteren industriellen Frauenarbeit in den hausgewerblichen Betrieben früherer Zeiten irgend welche Beziehungen gehabt hätte. Wenn auch hier und da die Frau oder die Tochter in der Werkstatt des Schlossers, des Schmiedes etc. mitgeholfen haben mag, so waren dies nur Ausnahmen.

Die Metallindustrie hatte entschieden eine größere Umwälzung der Produktionsmittel durchzumachen als alle anderen Industrien. Das erscheint auch durchaus natürlich. In erster Linie war es die Verbesserung der Arbeitsmethoden durch rationeller arbeitende, zum Teil automatisch wirkende Maschinen. Es sei hier nur an die Kettenverdrehschneide- und die automatisch schraubenden Maschinen erinnert. Es gibt heute eine Anzahl von Fabriken, die Messing- und Kupferwerkzeuge fertigen und nur verlangen, daß ihnen das Material dazu geliefert wird. Arbeitskosten entstehen dem Auftraggeber nicht, die unternehmende Firma deckt Arbeitslohn, Profit und Betriebskosten aus dem Erlös des entstehenden Produktes. Das ist ganz besonders hochentwickelte automatische Arbeitsmaschinen voraus. Des ist aber nur ein Beispiel. Der moderne Großbetrieb bedient sich heute der vielseitigsten automatischen Maschinen, die die Kosten des Arbeitslohnes auf ein Minimum herabdrücken und die Produktion ins Ungemeine steigern. Die Bedienung solcher Maschinen konnte ohne Schwierigkeit den Frauen übertragen werden. Dann aber war noch ein Umstand ganz besonders ausschlaggebend, der in Verbindung mit rationaler Maschinenarbeit die Frauenarbeit ermöglichte: das war das Prinzip der Arbeitsteilung. Die auf der Teilarbeit beruhende Umwälzung in der Metallindustrie darf ebenso hoch bewertet werden, wie die Einführung rationaler und automatisch arbeitender Arbeitsmaschinen. Wenn schon in der Vorkriegszeit die Arbeitsteilung die Leistung des einzelnen Arbeiters außerordentlich steigerte, so ganz besonders in der neuen industriellen Ära.

So finden wir nun die Frauen nicht nur an den verschiedenartigsten Werkzeugmaschinen beschäftigt, sondern sie machen einzelne Teile, die an Genauigkeit und Sauberkeit der Arbeit eines geübten Mechanikers nichts nachgeben. Ja, heute werden Arbeiter, auf die früher ein Mechaniker sich noch etwas einbildete, in den großen industriellen Etabliements von Frauen verrichtet. Dr. Clemens Heß berichtet in seinem Buche über „Die Entlohnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik“ von Frauenarbeit in einem obigen Großbetriebe: „In der Bohrer- und dem Automatenfabrik sind Frauen beschäftigt. Von letzteren stellen Einzelstücke die zur Herstellung von Messingteilen, Schrauben etc. dienenden Maschinen ein. Das gleiche gilt von der Gravirerei, in der ebenfalls Mädchen tätig sind und ein gelernter Graveur als Einrichter fungiert.“ In dem genannten Betriebe können die Erfahrungen mit der Frauenarbeit nicht bestritten zu haben. Das geht aus einem Bericht der Firma an Dr. Heß hervor: „Der Anfang mit der Frauenarbeit ist zuerst im Jahre 1905 gemacht worden, wurde jedoch später wieder eingestellt, da den Verhältnissen in dem betreffenden weibl. Personal beschäftigt wurde, wieder besondere Einrichter für die Einstellung der Maschinen beigegeben werden mußten, wodurch der Vorteil, den man erwartete, wieder zum größten Teil verloren ging. Außerdem war auch die Arbeit der Frauen schlechter als die der Männer.“ Ein Mechaniker des gleichen Betriebes, der befragt worden war wie sich ein einzelner Arbeiter der „Leibersarbeit“ verhalten würde, löste ziemlich offen das Rätsel über die schlechtere Arbeit der Frauen: „Die Frauen bekommen so niedrige Löhne, manchmal nur 1/2 von dem, was früher die Mechaniker erhalten hatten, so daß sie, um überhaupt etwas zu verdienen, die Arbeit zusammenzubehalten müßten. Bei den schlechten Preisen blieben den Frauen allerdings auch nichts anderes übrig, als solche schlechte Arbeit zu machen.“ Von der Firma Siemens & Halske berichtet Dr. Heß ebenfalls über ausgedehnte Frauenarbeit. In der Kleinbohrerei und Bohrer-, in der Gravirerei, der Stanzerei, Locherei, der Spindelwerke etc. hat die Frauenarbeit die weitgehendste Verbreitung gefunden, wie denn überhaupt die sich mächtig entwickelnde weibliche Elektrozubehörsindustrie der Frauenarbeit sich in besonderem Maße bedient.

Dr. Heß unterzucht in seiner Arbeit auch die Gründe, die für die Zunahme der Frauenarbeit geltend gemacht werden. Dabei kommt er allerdings zu einem widersprechenden Schluß, denn man zum Teil eine schlagendste Kopierung von einseitigen Mitteilungen anmerkt. „Der ausschlaggebende Grund für die Zunahme der Frauenarbeit ist nicht ihre Billigkeit. Die Arbeit kostet genau so viel, ob sie von Mädchen oder Mechanikern gemacht wird, wegen der letzten Hilfsverrichtungen und Hilfsleistungen für erprobte, deren der Mechaniker nicht bedarf.“ Die Frauenarbeit gewinnt vielmehr deshalb für den Großbetrieb an Bedeutung, weil sie auf dem

Arbeitsmarkt stets in reichlichen Mengen angeboten wird.“ Diese Anbiederung in „reichlichen Mengen“ hat aber doch nur einen Lohnbruch zur Folge. Uebrigens sind auch die Leistungen unserer großen industriellen Betriebe frei von der Meinung, die Frauenarbeit der sozialen Gebung der Arbeiterklasse wegen eingeführt zu haben. Es waren dafür fast ausschließlich gewinnstüchtige Absichten maßgebend. Das sollte ein ernst zu nehmender Volkswirtschaftler, der über Entlohnungsmethoden schreibt, doch wissen. Dann aber ist es auch nicht wahr, daß der Mechaniker der Hilfsmittelzeuge und Vorrichtungen nicht so behürte wie der angelernte Arbeiter oder die Arbeiterin. Die qualifizierte Arbeit des Mechanikers, wie sie ehemals war, braucht der moderne Großbetrieb nicht mehr so sehr. Und der beste gelernte Arbeiter kann ohne die modernen Hilfsmittel nicht so rational arbeiten, wie der besiegeltete Großbetrieb mit angelernten männlichen und weiblichen Arbeitsträften. „Die Vermehrung der Frauenarbeit hat für neue Berufe gelernter Arbeiter, wie die Einrichter, neue Arbeitsgelegenheit oder für bereits vorhandene Berufe wie die Werkzeugmacher vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen. Die Zahl der Werkzeugmacher insbesondere ist aus dem Grunde um 250 Prozent gestiegen.“ Dr. Heß schließt daraus, daß die Frauenarbeit die Arbeitsgelegenheit der Mechaniker nicht vermindert habe. Das ist eine Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie setzte rationellere, vereinfachte Arbeitsmethoden voraus, die nur in der Vervollkommnung der Werkzeuge begründet sein konnten. Aber selbst dann, wenn die Frauenarbeit aus irgend welchen Gründen in der Metallindustrie nicht Eingang gefunden hätte, so wären ganz gewiß die Arbeitsmethoden nicht minder umgewandelt worden, denn nicht die manuellen Fertigkeiten der gelernten Arbeiter allein haben die Industrie von Erfolg zu Erfolg geführt, sondern die ausgedehnte Anwendung der Arbeit der Maschinen. Die Frauenarbeit war eine Folge dieser Entwicklung. Dieses Bedauern der Industrie nach Frauenarbeit bewirkte andererseits ihre außerordentliche Zunahme in der Metallindustrie, die wir nunmehr kennen lernen wollen.

Die beiden großen Berufsgruppen der Metallindustrie zählten nach der allgemeinen Berufszählung vom 5. Juni 1882:

Zusammen	Zahl der Beschäftigten in Hauptbetrieben	
	Frauen	Anteil der Frauen in Proz.
Metallverarbeitung	470218	4,6
Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	885338	0,5
Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 waren in den beiden Berufsgruppen in den Hauptbetrieben dagegen beschäftigt:		
Metallverarbeitung	1107634	7,7
Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	1102284	4,8

In der Berufsgruppe der Metallverarbeitung war innerhalb eines Zeitraums von 25 Jahren die Zahl der beschäftigten Frauen und Mädchen um 64 206 gestiegen oder um rund 300 Prozent.

In der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate betrug die absolute Steigerung 49 266, die prozentuale rund 1100 Prozent. In diesen Zahlen bricht sich die gewaltige technische, wirtschaftliche und zugleich soziale Umwälzung aus, die sich innerhalb eines Menschenalters, besonders in letzterer Berufsgruppe vollzog.

Die Zunahme der Beschäftigung der Männer in den beiden Berufsgruppen ist nicht in dem Maße gestiegen wie die der Frauen. Das geht aus den Prozentzahlen des Anteils der Frauen deutlich hervor. Darin bricht sich eben die Tatsache aus, daß die billige Frauenarbeit in der Metallindustrie zu einer heftigen Konkurrenz des Mannes geworden ist, der ihr vielfach weichen mußte. Ganz besonders stark tritt dies in den Gewerbetrieben hervor, die ihrer Natur nach eine Reihe leichter und einfacher Arbeiten in sich schließen, deren Verrichtung durch Arbeiterinnen lohnend erschien.

In der Gold-, Silber- und Bijouteriewarenindustrie waren 1882 zusammen 3802 Frauen und Mädchen beschäftigt. Im Jahre 1907 betrug deren Zahl 12 919. Die Fabrication feiner Meis- und Zinnwaren und die Metallspielwarenindustrie beschäftigte im Jahre 1882: 1056 Arbeiterinnen, 1907 dagegen 5912. In der Blechwarenfabrication stieg in der gleichen Zeit die Zahl von 1938 auf 8146.

Die Fabrication der Zeitmessinstrumente zählte 1882 in ihren Betrieben 959 Arbeiterinnen, 1907 aber 4323. In der Fabrication von mathematischen, physikalischen, chemischen und chirurgischen Apparaten stieg die Zahl von 536 im Jahre 1882 auf 6028 im Jahre 1907. Im Jahre 1882 stand die deutsche Elektrizitätsindustrie noch an der Schwelle ihrer großen Entwicklung. Zur Herstellung von Telegraphen- und Telephonapparaten und Anlagen fanden 32 Arbeiterinnen Beschäftigung. Die so mächtig sich entfaltende Industrie mit ihren kolossalen betriebstechnischen Umwälzungen zog — wie wir schon gesehen haben — ungeheure Massen von Arbeiterinnen in ihre Betriebe. 1907 wurden darin 19 223 Arbeiterinnen gezählt. Eine ungeheure Zahl, wenn wir die Entwicklung seit 25 Jahren verfolgen. Und es ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß gerade die Entwicklung der deutschen Elektrizitätsindustrie die Ausbreitung der Frauenarbeit überhaupt ganz wesentlich begünstigt hat. Die Elektrizitätsindustrie selbst ist ein Gebiet, das vermöge seiner verschiedensten Fabricationszweige den Frauen und Mädchen Unterkommen und Verdienst bietet. Das geht zum Teil auch daraus hervor, daß in der Fabrication der Lampen und der Beleuchtungsapparate, die ebenfalls von der Elektrizitätsindustrie beeinflusst wird, die Zahl der beschäftigten Frauen von 277 im Jahre 1882 auf 4458 im Jahre 1907 gestiegen ist.

Es ist eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Umwälzung, die sich vor uns aufrollt. Diese immer noch im Steigen begriffene Bewegung zu hemmen, ihr durch feindliches Gegenüberstehen die Entwicklungsmöglichkeit entziehen zu wollen, wäre eine unüberwindliche Torheit. Diese Bewegung und ihr Wesen kennen lernen, das weibliche Fabrikproletariat seinen männlichen Klassenossen näherbringen, den gemeinsamen Weg gehen, der zur Erreichung besserer Zustände möglich ist, das scheint viel wichtiger als mit überhöbener Meinung die ganze Frage der Frauenarbeit abzutun, in ihr lediglich eine läppige Konkurrenzin zu erblicken.

F. K u r t h.

## Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1911.

An den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins sind im ersten Quartal dieses Jahres 442 Verwaltungen beteiligt. Die Zählung ergibt also mit Einschluß der Einzelmitglieder als vorläufiges Ergebnis einen Mitgliederbestand von 481 680 Personen gegen 464 016 am Schlusse des Jahres 1910; das sind 17 664 mehr. Ueber die Arbeitslosigkeit haben 416 Verwaltungen berichtet, von 26 Verwaltungen liegen darüber keine besonderen Berichte vor, doch kann angenommen werden, daß in diesen Orten keine Arbeitslosen waren. Von den berichtenden Verwaltungen hatten 67 gleichfalls keine Arbeitslosen; in den restlichen 349 Orten betraf sich die Zahl der Arbeitslosenfälle auf 44 266 gegen 24 288 im letzten Quartal 1910. Die Prozentzahl der Arbeitslosenfälle zur jeweiligen Mitgliederzahl beläuft sich im Berichtsquartal auf

Table with columns for districts (Bezirk), membership numbers (Mitgliederzahl), and financial data (Umsatz, Ausgaben, etc.).

Bei Berlin ist die Mitgliederzahl vom Ende des Jahres 1910 eingetrag, weil die Zahl für das erste Quartal bis zur Einlieferung des Berichts an das Kaiserlich Statistische Amt nicht feststellen war.

9 Prozent, im Vorquartal auf 5,3, im Parallelquartal des Vorjahres auf 7,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist danach gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent und gegenüber dem Vorquartal um 3,7 Prozent größer geworden.

Die Gesamtzahl der am Orte unterstützten Personen belief sich auf 28 253 männliche und 606 weibliche Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage belief sich auf 731 631.

Table showing duration of unemployment (Dauer eines Arbeitslosenfalles) in days for various districts (I to VI).

Den höchsten Durchschnittssatz der unterstützten Arbeitslosigkeit hat danach der fünfte Bezirk, den niedrigsten der siebte Bezirk.

Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles am Orte belief sich auf 16 Tage, die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 21 Tage.

Die Schattenspieler vom Zentrums-Metallarbeiterverband.

Niedlich und klein und aus Papier sind die Dingerchen, mit denen man früher vielfach den kleinen Kindern eine Freude bereite.

eine wirkliche Zunahme von 25 796 weniger 24 002 - 1794 Mitglieder.

Wie aber die „Christlichen“ die Wahrheit gewissenlos auf den Kopf stellen, wenn sie glauben, andere Organisationen herunterzusetzen oder verkleinern zu können...

Was die „Christlichen“ anderen gegenüber anwenden, werden sie wohl, wenn es auf sie selbst angewendet wird, nicht übernehmen.

Wie gesagt, wir machen das nicht, wir rechnen korrekt auch beim Gegner und das genügt bei dieser Rechenschaft auch vollkommen.

Zur X. Generalversammlung.

Vor zwei Jahren hat man uns gescholten, daß wir unsere Meinung über einzelne Beratungsgegenstände für die Generalversammlung in Hamburg erst kurz vor deren Stattfinden im Verbandsorgan zum Ausdruck brachten.

Wir wollen darum diesmal etwas früher kommen und man wird es uns nicht verübeln können, daß wir uns zuerst mit den Anträgen zum Verbandsorgan beschäftigen.

ist ja der Zweck der Übung. Die eigenen Mitglieder, denen auf München-Gladbacher Zentrumsart das „Denken“ beigebracht ist...

Fortritte machen bekanntlich die „Christlichen“ in einer Weise, daß man sich überhaupt wundern muß, wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband noch existieren kann...

Doch noch schlimmer wird es, wenn man den Versuch macht, die Zahl der Mitglieder, die der Zentrums-Metallarbeiterverband wirklich hat, festzustellen.

Die „Christlichen“ haben nach ihrer eigenen Abrechnung nachstehende Beitragsmarken veräußert, und da sie mit einer durchschnittlichen Leistung von 43 Beiträgen pro Mitglied und Jahr rechnen...

Nun nimmt die sich bei dieser Abbitton ergebende Durchschnittszahl nicht ganz, da es mit dem angegebenen Divisor von 43 überall nicht glatt aufgeht.

Hat man nun den Jahresdurchschnitt, so kann man den wirklichen Mitgliederbestand schon etwas leichter auf die Spur kommen.

Damit wäre also schon der Nachweis erbracht, wie diese Gesellschaft die Öffentlichkeit an der Nase herumführt.

genügen, die notwendig an sie gestellt werden müssen. Der Antrag der Berliner Schmiedebearbeitung ist darum schon aus diesem Grunde unüberprüfbar. Ferner haben seine Urheber wohl auch nicht an die Kosten gedacht, die die Auslieferung ihres Antrags verursachen würde. Diese werden bei einer Auflage von 500000 Exemplaren jährlich ungefähr 150000 M betragen. Wenn es gewünscht wird, so können wir auf der Generalversammlung ausführlichere Angaben machen.

Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß unsere beiden Monatsblätter monatlich je 18000 achtseitige Exemplare drucken können; wenn aber 16 oder auch nur 12 Seiten gedruckt werden sollen, so vermindert sich die Zahl um die Hälfte. Wenn wir jetzt einmal ausnahmsweise eine größere Nummer herausgeben, so müssen wir allemal früher Redaktionschluss machen. Dieser Zustand ist schon unangenehm genug, wenn er einmal ausnahmsweise eintritt, mußte er aber zur Regel werden, so würde er zu unheimlichen Redaktionsverhältnissen führen. Für die Redaktion liegt aber im Gegenteil das dringende Bedürfnis vor, den Redaktionschluss später eintreten zu lassen, worüber weiter unten noch einiges zu sagen ist. Wenn die Zeit des Drucks durch die Beilage nicht verlängert werden soll, dann müssen an Stelle unserer jetzigen beiden Maschinen zwei doppelt so leistungsfähige und natürlich auch dementsprechend teurere Maschinen aufgestellt werden, wodurch die Kosten der technischen Beilage sich weiter erhöhen würden.

Dies genügt wohl, um zu zeigen, daß der Nutzen, den die technische Beilage im günstigsten Falle stiften kann, in keinem Einklang zu den Kosten steht, die sie verursacht. Wir glauben aber auch, daß der beabsichtigte Zweck besser erreicht wird, wenn das Geld in anderer Weise verwendet wird, denn wir sind ebenfalls der Meinung, daß der Verband die Pflicht hat, für die technische Ausbildung seiner Mitglieder etwas zu tun. Derselben Meinung war offenbar auch die Konferenz des neunten Bezirks. Diese nahm einen Antrag an, wonach für die Ausbildung der Mitglieder in technischer und fachwissenschaftlicher Beziehung durch die Metallarbeiter-Zeitung mehr als bisher zu gesorgt werden soll. Für diesen Teil des Antrags gilt natürlich daselbe, was wir schon oben gesagt haben. Im Antrag heißt es aber weiter: „Sollten Schwierigkeiten technischer Natur die Herausgabe einer Beilage oder die Ausgestaltung der Zeitung selbst in diesem Sinne nicht ermöglichen, so soll durch eine anderweitige Regelung dem Bedürfnis der Mitglieder auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden.“ Die genannte Bezirkskonferenz hat anscheinend nicht daran gedacht, daß ein Versuch zu einer „anderweitigen Regelung“ schon seit längerer Zeit gemacht wird, indem der Zeiteigent unter anderem auch gut illustrierte technische Artikel und Notizen bringt. Es liegt darum nahe — und wir machen insoweit diesen Vorschlag — den Zeiteigent zu einer rein technischen Zeitschrift auszubauen, unter Begünstigung der Artikel und Notizen aus anderen Gebieten. Wir glauben, daß den letztgenannten die Funktionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, für die bekanntlich der Zeiteigent bestimmt ist, kaum eine Erläuterung werden, zumal, weil sie meistens ohnehin schon mehr als genügend mit Stoff versehen sind und ferner bei dem reichen Stande der Arbeiterliteratur tatsächlich kein Bedürfnis nach den anderen Artikeln im Zeiteigent vorhanden ist. Wir begreifeln demzufolge auch, daß diese Artikel von einem größeren Teil der Verbandsfunktionäre gelesen werden. Wird aber unser Vorschlag angenommen, so kann die Redaktion einer solchen technischen Zeitschrift nicht von einem Vorstandsmitglied im Nebenamt geführt werden, sondern es ist ein besonderer, genügend vorgebildeter Redakteur dafür anzustellen, der einen Preis von geeigneten Metallarbeitern herauszugeben hat. Willig wird dies natürlich nicht und selbst wenn diese Zeitschrift zu einem mäßigen Preis verkauft wird, so wird der Verband jährlich noch größere Summen hinzuzufügen müssen. Wir glauben aber, daß dies Geld gut angelegt ist.

Von den übrigen Anträgen können wir an dieser Stelle nur die erwähnen, wonach den jugendlichen Mitgliedern die Arbeiterjugend und den weiblichen die Gleichheit geliefert werden soll. Dazu wäre unseres Erachtens nicht ein Generalversammlungsbeschluss notwendig. Warum bezahlt man die Kosten nicht aus den reichen Lokalkassen? Bei der Gleichheit wäre ferner noch in Betracht zu ziehen, daß die Sache nach unserer Meinung doch wohl nicht anders geregelt werden kann, als dies unseres Wissens im Metallarbeiterverband geschieht. Dort hat zunächst jedes Mitglied, auch das weibliche, zur Ansprache auf das Verbandsorgan und zur beratenden weibliche Mitglieder, deren Ehemänner ebenfalls dem Metallarbeiterverband angehört, haben Anspruch auf die Gleichheit. In Betracht zu ziehen wäre weiter noch, daß manches dieser weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auch schon Parteimitglieder ist und als solches in manchen Parteidirektiven schon die Gleichheit erhält. Sind dies alles berücksichtigt, so kann man die Annahme des beabsichtigten Antrages schon empfehlen. Vor allen Dingen darf aber keinem weiblichen Verbandsorgan über Verbands- und Berufsangelegenheiten zu informieren. Soll man noch ein übriges geistigen, so tue man, wie schon gesagt, zu diesem Zweck getrost einen Griff in die Lokalkassen. Von den paar tausend Mark, die dies im ganzen kosten wird, werden die Lokalkassen nicht arm und den Exzeptionen werden diese Scherereien erspart.

Noch einen Wunsch erlauben wir uns bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Die (an sich ja erhellende) juristische Begründung der Anfrage und die Einrichtung der Zweigvereine in Berlin haben zu der unabweislichen Folge geführt, daß von allen Gewerkschaftsblättern die Metallarbeiter-Zeitung den ausgiebigsten Lebensvorsprung hat. Jetzt muß schon eine volle Woche vor dem Erscheinstage der Woche, nämlich am Samstag vorher, morgens mit dem Umdrehen der ersten Seiten begonnen werden, während an den letzten Seiten noch gearbeitet wird. Dann muß von Samstag ab die ersten Seiten noch durchgelesen werden und ferner werden die ersten beiden Seiten noch durchgelesen. Die dritte Seite muß bis zum Erscheinstage fertiggestellt werden und am Montagmorgen kann man dann nur noch in aller Eile die erste Seite durchsehen. Man gehen aber ergebnisgemäß wichtige Berichte, Notizen u. dgl. Montag ein. Diese können wir aber alle nicht mehr berücksichtigen, sondern nur noch die Vernehmungsanzeigen und die Bekanntmachungen der Ortsverbände aufzeichnen. Bei ganz besonders wichtigen Anlässen reicht es dann noch zu einer kürzigen Nachfrage nach, doch auch diese darf schon nicht sehr lang sein. Reichers können wir dieser Hinsicht, seitdem die zweite Druckerei in Berlin in Betrieb ist, der von hier allemal die Blätter zugesandt werden müssen. Auf diese Weise ist die Metallarbeiter-Zeitung in puncto Aktualität schon hinter eine Anzahl kleinerer Gewerkschaftsblätter gerückt. Dieser Zustand könnte wenigstens zum Teil dadurch gebessert werden, wenn die Redaktionen für ihre Arbeiten zur nächsten Nummer immer noch den Montagvormittag zur Verfügung hätte. Dann könnte der Druck in Stuttgart am

Montagnachmittag und in Berlin etwa 24 Stunden später beginnen und bei den Ortsverbänden würde die Zeitung höchstens einen Tag später eintreffen als jetzt. Wir glauben, daß es den Ortsverbänden möglichst sein wird, auch dann noch die Zeitungen an die Mitglieder zu verteilen. Freilich gibt es ja Ortsverbände, die schon am Dienstag (!) die Zeitung haben wollen und bei denen unser Wunsch wahrscheinlich auf Widerstand stoßen wird. Wir behalten uns aber vor, der Generalversammlung einen Antrag vorzulegen, wonach wir ermächtigt werden, den Redaktionschluss auf den Montagmittag zu verlegen, und wir zweifeln nicht, daß es den Ortsverbänden möglich sein wird, sich dem neuen Stande der Dinge (der ja früher schon einmal vorhanden war) anzupassen.

Von den uns aus Kollegentreifen zugegangenen Zuschriften über die bevorstehende Generalversammlung hat sich noch keine einzige mit dem Problem der Demokratie in den Gewerkschaften beschäftigt. Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, jetzt einige Bemerkungen darüber zu machen. Die verschiedensten mündlichen und schriftlichen Erörterungen über dieses Thema haben das eine unwiderlegbar festgestellt: daß in den heutigen Gewerkschaften eine vollkommen demokratische Schlichterdinge unmöglich ist. Man muß dies bedauern, denn bei den Entscheidungen, die im Gewerkschaftswesen zu treffen sind, handelt es sich in der Regel um Dinge, die von der Masse sehr wohl beurteilt werden können. Bei solchen Entscheidungen ist aber oft manches zu berücksichtigen, was nicht in die Öffentlichkeit und damit auch zur Kenntnis der Unternehmern gebracht werden darf. Dies tritt nach alter Erfahrung aber leider regelmäßig ein, wenn die Masse der Mitglieder bei allen Entscheidungen mitwirken muß, wobei man noch gar nicht an böswilligen Verrat durch irgend ein Verbandsmitglied zu denken braucht. Dieser leidige Umstand ist nun einmal da und er läßt sich durch keine Vorsichtsmaßregel aus der Welt schaffen. Am wenigsten ist deswegen daran zu denken, daß bei wichtigen Lohnbewegungen z. B. ähnliche Entscheidungen der gesamten Mitgliedschaft oder auch wenn in Frage kommenden Teil wieder übertragen werden können, denn auch den Mitgliedern eines Ortes oder einer Branche nach wie vor das Recht zusteht, zu entscheiden, ob sie in eine Bewegung eintreten wollen oder nicht, so daß sie zum Beispiel niemals vom Verbandsvorstand oder von anderen Funktionären gezwungen werden können, in einen Streik einzutreten, den sie selbst nicht wollen.

Auf dem Standpunkt, daß man der gesamten Mitgliedschaft nicht alle Entscheidungen (besonders die über die Lohnbewegungen) überlassen kann, stehen auch namhafte Theoretiker der Arbeiterbewegung, wie Adolf Braun (einer der wenigen Theoretiker, die das Gewerkschaftswesen so genau studiert haben, daß man sie als wirkliche Kenner bezeichnen darf) und Kautsky. Es sagt sich nur: Wie soll die Demokratie beschaffen sein, der eine genaue Uebersicht über die Sachlage und damit auch die Berechtigung zur endgültigen Entscheidung zu ermöglichen wäre? Die Entwicklung des Gewerkschaftswesens hat bekanntlich dazu geführt, daß die Mitglieder nur mit Bewilligung des Vorstandes in einen Streik treten oder einen solchen weiterführen dürfen. Die Ausübung dieses Rechtes der Gewerkschaftsvorstände hat nun in den letzten Jahren zu Mißbilligkeiten geführt und nicht eine der geringsten Mißbilligkeiten waren verurteilte Auswüchse, die die Diskussionen über Massen und Führer gezeitigt haben. Es würde ein ziemlich langes und bitteres Kapitel werden, wenn wir an dieser Stelle auf Einzelheiten eingehen wollten. Wir sehen davon aber ab und wollen uns lieber der Frage zuwenden: Wie besser wir diesen Zustand? Und da ist unsere Meinung diese: Wenn auch in vielen Gewerkschaftsangelegenheiten eine direkte Einwirkung der Mitgliedschaft unmöglich ist, so sollte doch wenigstens eine indirekte Einwirkung durch gewählte Vertreter angebahnt werden. Es muß dann aber auch heißen: Wenn schon, denn schon! Es müssen dann aber auch alle, wenn es sich zum Beispiel um Kampfe handelt, die nicht nur allgemeine Aussperrungen zur Folge haben können, sondern auch Ausperrungen nur über einen Teil des Verbandsgebietes, stets die Vertreter der Gesamtmemberschaft zusammengezogen werden, denn das Geld, was zur Unterstützung des Kampfes notwendig ist, haben doch nicht nur die Kollegen des einen Ortes oder Bezirks zusammengebracht, sondern die Gesamtmemberschaft. Es wäre dann ein Fehler, wenn der von der Konferenz des letzten Bezirks übernommene Hamburger Antrag von der Generalversammlung zum Beschluß erhoben würde, wonach bei Kämpfen größeren Umfangs, die sich über einzelne Gebiete erstrecken, eine Konferenz einberufen werden soll, die sich aus Delegierten des in Betracht kommenden Teils der Mitgliedschaft zusammensetzt. Diese Konferenz soll dann über alle Fragen der Taktik entscheiden, mit einem Worte Beschlüsse fassen dürfen, die selbst dann für die übrigen Mitglieder tiefenreichende Wirkungen haben können, wenn es nicht zu einer allgemeinen Ausperrung kommt. Die übrigen Mitglieder haben aber ja auch sonst „nig to leggen!“ Erst dann, wenn eine allgemeine Ausperrung einzutreten droht, dann sollen auch die Vertreter der Mitgliedschaft mitreden und mitlösen dürfen, indem nach dem Antrag in jedem Falle eine Generalversammlung einberufen werden soll. Ist das demokratisch? Nein, Kollegen, das ist nur ein Zerstückeln der Demokratie. Uebrigens befinden wir uns mit unserer Meinung in einer Gesellschaft, die wohl auch von den Hamburger Kollegen respektiert wird, nämlich der des Genossen Kautsky. Bekanntlich hat Kautsky in der Vorrede zu der vor einigen Monaten erschienenen neuen Auflage seines Buches über Parlamentarismus und Demokratie verschiedenes gesagt, was bei Gewerkschaftlern mehr Beifall fand, als einigen Gewerkschaftskritikern lieb war. Es hat sich dann ein Hamburger Genosse bei Kautsky weitere Aufklärung über diese Sache erbeten, worauf Kautsky ihm in einer längeren Zuschrift antwortete, die in Nr. 85 des Hamburger Echo (9. April) abgedruckt wurde. Ueber die Fähigkeit der Masse, wichtige Entscheidungen zu treffen, sagt Kautsky in dieser Zuschrift folgendes:

„Es ist eine wissenschaftliche Erfahrung, daß nur in einer großen Masse des Geschicklichen, Kostendürbige einer Entscheidung zur Geltung kommt. Die individuellen Schwächen und Fehler der einzelnen gleichen sich da aus. In einem kleinen Kreise verhalten sich dagegen das Geschickliche und Kostendürbige gegenüber dem Individualitäten, Zufälligen.“

Kann man aber verschiedene Meinungen darüber sein, wie groß eine Masse sein muß, bis das Individualität, Zufällige dem Geschicklichen, Kostendürbigen Platz gemacht hat. Dafür kann man eine bestimmte Zahl nicht angeben, denn dieses richtet sich immer nach den Verhältnissen. Am sichersten ist es deswegen, sich an die größte Masse zu wenden, was aber wiederum gegen den Hamburger Antrag spricht.

Ja erwidern ist noch, daß nach dem genannten Antrag auch dann eine Generalversammlung einberufen werden soll, wenn ein Streik über das ganze Gebiet des Verbandes droht. Die ist

das zu verstehen? Handelt es sich dabei um den Streik einer einzelnen Branche oder gar aller Branchen? Ist das erstgenannte der Fall, so ist zu bemerken, daß ein allgemeiner Streik einer einzelnen Branche unseres Wissens bisher noch niemals vorgekommen ist, denn eine ganze Branche streikt niemals, weil es immer Orte geben wird, wo die Forderungsbewilligung nicht vorliegend eine andere wichtige Voraussetzung für den Streik nicht vorhanden ist. Ueber die andere (nach dem Hamburger Antrag) denkbare Möglichkeit, daß ein allgemeiner Streik aller Branchen ausbrechen könnte, kann man kaum ernsthaft diskutieren. (Nebenbei bemerkt, jehelbet der politische Massenstreik in diesem Falle aus, zumal weil über diesen nicht die Vertreter unseres Verbandes zu entscheiden haben.) Wir sind doch deswegen für die Verhandlung, weil nach alter Erfahrung die Mitglieder aus der einen Branche nur dann die Möglichkeit zu größeren Kämpfen haben, wenn sie von den anderen Branchen unterstützt werden. Dies gehört zu den Grundregeln über Gewerkschaftstaktik und wir verstehen es deshalb nicht, daß der oder die Urheber des Hamburger Antrags — die doch gewiß alte Verbandskollegen sind — diese Grundregeln nicht besser beachtet haben.

Um nun in dieser Sache zu einem praktischen Ergebnis zu kommen, empfehlen wir die Annahme der drei Anträge zu § 35 des Statuts (neunter Bezirk, München Nürnberg), wonach das Mandat der Delegierten zu den ordentlichen Generalversammlungen bis zur nächsten Neuwahl gilt. Diese Einrichtung besteht schon im Holzarbeiterverband und, wenn sie auch keine ideale Lösung der Frage ist, so ist sie nach unserer Meinung doch das Beste, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen denkbar ist. Es kommt hinzu, daß die Delegierten sehr schnell (im Notfall zum Teil telegraphisch) zusammenberufen werden können, was in dringenden Fällen sehr wichtig ist. Ob oder welche Bestimmungen zu schaffen sind, wonach eine solche außerordentliche Generalversammlung einzuberufen ist, wird sich am besten durch mündliche Aussprache erledigen lassen. Wird so beschloffen, dann haben die Verbandskollegen aber auch die Pflicht, durch bessere Beteiligung an den Wahlen dafür zu sorgen, daß die gewählten Delegierten als Vertreter der Masse gelten können.

Zum Schluß für heute noch einige Bemerkungen über den Antrag der Hamburger Klempererbranche zu Absatz 2 des § 33, wonach in Verwaltungen mit mehr als 3000 Mitgliedern die „größeren Gruppen“ (ein genauerer Ausdruck, zum Beispiel: „Branchen mit mindestens 100 Mitgliedern“, wäre besser) das Recht haben sollen, einen selbstgewählten besonderen Vertreter in die Ortsverwaltung zu senden. Dieser Antrag weist auf eine Lücke im Statut hin. Daß man erst jetzt darauf aufmerksam wird, ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß sich vorher wohl noch nirgends die Verhältnisse so zugespitzt hatten, daß eine statutarische Regelung der Sache notwendig wurde. Wir möchten wünschen, daß auch dieser Antrag genaue Beachtung fände. Die Redaktion.

Eine Beitragserhöhung wird für kleine Verwaltungen einen nicht geringen Mitgliederverlust zeitigen, darin habe ich schon Erfahrungen gemacht während meiner dreijährigen Tätigkeit als Unterfunktionär, und ich glaube, mir deshalb auch ein Urteil erlauben zu können. Von der Notwendigkeit der besseren Fundamentierung der Masse bin ich auch überzeugt, aber es liegt doch klar auf der Hand, daß bei einer obligatorischen Beitragserhöhung, wie sie vom Hauptvorstand beantragt worden ist, die kleinen Verwaltungen in den schlechtesten Lohngebieten mehr an den Verband zu leisten haben als die Kollegen in den besseren Lohngebieten. Darum möchte ich folgenden Vorschlag machen: Es werden zwei Klassen eingeführt, die eine zu 80 S., die andere zu 50 S. In die 80 S.-Klasse können alle die Kollegen, die einen Verdienst von mehr als 24 M wöchentlich haben. Um nun den Kollegen der 80 S.-Klasse auch den Vorteil zu sichern, möchte ich empfehlen, in dieser Klasse die Unterstützungsleistungen zu bestehen zu lassen, wie sie jetzt sind und in der 50 S.-Klasse die Erwerbslosenunterstützung auf 1 M pro Tag und auf 10 Wochen herabzusetzen, bei Arbeitsniederlegung 2 M wöchentlich weniger zu zahlen. Der Beitrag zu den einzelnen Klassen kann ja von den Verwaltungen angeordnet werden und es kann jeder Kollege aus der unteren Klasse in die höhere auf seinen eigenen Antrag überreten. Die Unterstützung für die höhere Klasse erfolgt aber erst nach Verweilen eines Jahres in der Klasse. Ich glaube sicher, hiermit auch den schlechter entlohnerten Kollegen Gelegenheit gegeben zu haben, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen, so daß man nicht immer die Einwendung zu hören bekommt: der Beitrag ist mir zu hoch. Wir hoffen, daß die Stimmen, die zur Verbesserung unserer Finanzen sich hören lassen, nicht vergebens sind, daß die Generalversammlung durchgreifende Maßnahmen trifft. W. W. in B.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 14. Mai der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Mai 1911 fällig ist.

Als weiterer Bezirksleiter für den 10. Bezirk ist der Kollege Hans Gasteiger gewählt worden, wovon wir die Verwaltungen hierdurch benachrichtigen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: der Verwaltungsstelle Lüdenscheid ein einmaliger Beitrag von 50 S. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen: Der Schlosser Friedr. Waibel, geb. am 6. Dez. zu Schmöln, Lit. A. Buch-Nr. 447179, wegen Schädigung des Verbandes. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mainz: Der Schlosser Adam Kros, geb. am 9. April 1886 zu Rumberg, Buch-Nr. 833421, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Hofstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Hofstraße 16a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.



anderen Orten, wo der Lebensunterhalt besonders teuer ist, wird ein entsprechender Aufschlag, gemäß besonderer Vereinbarung, gewährt. Bei länger andauernden Montagen wird zu den hohen Festtagen freie Hin- und Rückfahrt gewährt, auch ist, wenn die Montagen in die Zeit zwischen Pfingsten und Weihnachten fallen und länger als 13 Wochen dauern, einmal daselbst zu gewähren, vorausgesetzt, daß dringende Fälle, wie Todesfall und Krankheitsfälle, vorliegen. Bei besonders gefährlichen Arbeiten, wie Turmarbeit ohne Gerüst zc., wird ein Aufschlag von 25 Prozent zu dem Stundenlohn bezahlt. Bei Arbeiten in Gruben wird ein einmaliger Aufschlag von 2 M für Gehilfen und 1 M für Helfer gewährt. Bei Reinigung von Schloten werden 25 Prozent Aufschlag und bei Reinigung von Kesseln, Schlammfängen 50 S für den Einzelfall extra bezahlt. Zum Abtragen und Entleeren von Zimmern Kesseln kann niemand gezwungen werden. Die eventuelle Ausführung dieser Arbeit unterliegt der freien Vereinbarung. — Die dem Vertrag entgegenstehende Sondervereinbarungen sind ungültig. Ueber Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung entscheidet eine Kommission des bestehenden Gesellenausschusses mit einer solchen aus dem Innungs Vorstand, und für die Installationsfirmen eine Schlichtungskommission, zu der jede Partei zwei Vertreter wählt. — Dieser Vertrag bringt eine Erhöhung der Mindestlöhne für die Gesellen im ersten Gesellenjahr von 7 S, im zweiten von 7 S, im dritten von 8 bis 12 S und für selbständig arbeitende Gesellen von 13 S. Gerade für die letzteren ist die Forderung voll und ganz bewilligt worden und das ist die Mehrzahl der in Betracht kommenden Gesellen, wie aus nachstehenden Zahlen ersichtlich ist: Eine Statistik, die im Monat April 1911 aufgenommen wurde, umfaßte 466 in der Klempner- und Installationsbranche beschäftigte Personen. Von diesen waren 407 Gesellen, davon 19 im ersten Gesellenjahr, 27 im zweiten und 27 im dritten Gesellenjahr. 334 waren über drei Jahre Geselle und von diesen wurden 308 als selbständig arbeitende Gesellen entlohnt. Der Tarifvertrag bringt außer den Lohnerhöhungen noch Verbesserungen in Bezug auf die Ausstellungen zc. Es wird nun Aufgabe der Dresdener Klempner und Installateure sein, für die Einhaltung des Vertrages zu sorgen.

**Kaiserslautern.** Die hiesigen Spengler und Installateure stehen in einer Lohnbewegung. Die Herren Innungsmeister wollen nicht mit unserer Organisation verhandeln. Auf die eingereichten Vorschläge wegen Organisierung haben die Meister Gegenwortschläge gemacht, die eine Verschlechterung der jetzt bestehenden sehr niedrigen Lohnsätze bedeuten. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, Kaiserslautern zu meiden.

**Stettin.** Nach dem Klempnerstreik im Jahre 1903 ist verschiedentlich versucht worden, einen Tarif abzuschließen, leider waren diese Bestrebungen erfolglos. Die Meister waren nur dazu zu bewegen, einige Pfennige am Lohne zuzulassen, doch war das nicht geeignet, Ruhe zu schaffen. In diesem Jahre nahm nunmehr der Wille zum Abschluß eines Tarifes greifbare Gestalt an. Jedoch haben die Klempnermeister aus den Vorgängen der früheren Jahre nichts gelernt, auch nicht dadurch, daß wegen der schlechten Lohnverhältnisse viele tüchtige Klempner Stettin den Rücken kehrten. Auf den von uns eingereichten Tarifentwurf machten die Meister Gegenwortschläge, die fast unüberwindlich waren. Immerhin versuchte der Gesellenausschuß (mit den Verbandsvertretern wollen die Meister nicht verhandeln), eine Verständigung herbeizuführen, indem er von den zuerst gemachten Vorschlägen etwas abging. Da auch dieses Entgegenkommen die Meister nicht zugänglich machte, blieb den Gesellen nur der letzte Schritt, die Arbeit niederzulegen, was, wie am Freitag den 28. April vollständig durchgeführt wurde. Die gescheiterte Haltung der Klempner und die Gefahr der wirtschaftlichen Schädigung veranlaßte einige Meister (6 mit zusammen 13 Gesellen), den Tarif anzuerkennen. Bei anderen Meistern wurde das Anerkennen abgelehnt wegen der Gefahr der Anfertigung von Streikarbeit. Beteiligt ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 54 und der Gewerksverein mit 9 Mitgliedern. Die Situation ist günstig. Jeder Zugang ist streng ferngehalten!

**Metallarbeiter.**

**Berlin.** Zu der in Nr. 16 enthaltenen Korrespondenz über die Lage der Arbeiter in den Berliner Eisenkonstruktionswerkstätten erstelien wir eine vom 2. Mai datierte Zuschrift der Firma D. Sittich, die wir, soweit sie bezüglich des Inhalts ist, wiedergeben. Die Firma schreibt: „Ich habe mir angelegen sein lassen, die über meine Firma in diesem Artikel vorgebrachten Angaben auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Unter anderem habe ich die im letzten Jahrgang vom 1. Oktober 1910 bis 31. März 1911 aufgeführten Ueberstunden festgestellt und komme zu folgendem beweiskräftigen Resultat: Ueberstunden über die zehnjährige normale Arbeitszeit: 1. **Werkarbeiter:** 90 Arbeiter haben im ganzen 550 Ueberstunden gemacht, das heißt pro Arbeitstag — 150 Arbeitsstunden für das halbe Jahr angenommen — pro Arbeiter 0,04 Stunden. 2. **Maschinenarbeiter:** 39 Arbeiter 333 Ueberstunden, also pro Arbeitstag und pro Arbeiter 0,036 Stunden. 3. **Lohnarbeiter:** 54 Arbeiter 187 Ueberstunden, also pro Arbeitstag und pro Arbeiter 0,023 Stunden. 4. **Ausreißer:** 81 Mann 359 Ueberstunden, also pro Arbeitstag und pro Arbeiter 0,0235 Stunden. 5. **Erzberger:** 436 Arbeiter 836 Ueberstunden, also pro Arbeitstag und pro Arbeiter 0,013 Stunden. Hiernach glaube ich, daß, was übrigens auch nicht im Interesse des Arbeitgebers liegt, bei mir nicht zehnjährige Ueberstunden gemacht werden. Ueberstunden ganz zu vermeiden, ist ein Ding der Unmöglichkeit, weil zwischen eilige, unangenehme Arbeiten vorliegen, besonders in den Fällen, in denen die Exportarbeiten Schiffsanfertigungen sind. Wenn Sie schreiben, daß in der Aufreißerei oft Sonntag gearbeitet wird, so bemerke ich, daß in dem Jahrgang vom 1. Oktober 1910 bis 31. März 1911 nur an zwei Sonntagen gearbeitet worden ist, und zwar haben gearbeitet: am 30. Oktober zwei Mann je fünf Stunden, am 11. Dezember vier Mann je vier Stunden. Ueber Richtigkeit der Löhne sind Klagen bislang bei mir nicht vorgekommen. Ich kann bestatigen behaupten, daß bei mir die höchsten Löhne in meiner Branche gezahlt werden, wobei ich allerdings nicht zögere, daß meine Arbeiter ohne weiteres noch höhere Löhne annehmen würden. Gegenüber Ihrer Behauptung, daß bei Ueberarbeiten Uebergehälter zahlen erzielt werden und meist mit Defiziten gearbeitet würde, kann ich zu meiner Freude konstatieren, daß es meinen Arbeitern durch ihre Tüchtigkeit und ihre Tätigkeit bei ganz ansehnlichen Stundenlöhnen gelingt, gar nicht zu den erwähnten Uebergehältern zu kommen. In dem angegebenen halben Jahre sind bei mir auf 73 450 M. Löhne 12 815 M. Uebergehälter gezahlt worden, das ist 17 Prozent der gezahlten Löhne. Es ist richtig und auch ganz in der Ordnung, daß der Lohnempfänger, der die Verdienstunterschiede trägt, von den Uebergehältern 30 Prozent erhält. Den Rest des Uebergehältes erhalten die anderen daran beteiligten Arbeiter nicht nach Guise — das können nur die Ueberzahlungsgehälter und die Rest-Uebergehälter bezeichnen —, sondern nach Verhältnis.“

**Düsseldorf-Beckath.** Unter Vorbehalt folgender Zusätze habe ich die Deutsche Maschinenfabrik, West-Beckath, Arbeiter nach Beckath zu laden. Die Firma scheint selbst überzogen zu sein, daß sie keine Arbeiter bekommt, wenn sie die wirklichen Löhne empfangt und deshalb gibt sie einfach höhere an. Mehrere Schlichter erheben folgendes Schreiben: „Deutsche Maschinenfabrik Beckath...“

schlechtest. In einem Falle gab ein Kollege eine Stelle auf, wo er 65 S hatte, und reiste nach Bentrath, wo er es dann glücklich auf 55 bis 58 S brachte. Das Vorgehen der Firma ist darauf zu verurteilen und besonders muß die Unterschrift des Betriebsleiters Günther verurteilt werden, denn ihm muß bekannt sein, daß die im Schreiben angegebenen Löhne bei weitem nicht verdient werden. Wenn auch die Drehbänke und Schraubstöcke verrotten, so ist doch das obige Mittel wenig geeignet, auf die Dauer Abhilfe zu schaffen. Das einzig wirksame Mittel ist Aufhebung der Löhne, regelmäßige Arbeitszeit und anständige Behandlung. Alles Dinge, die in einem Maschinenunternehmen selbstverständlich sein sollten. Die Dreherei des Werkes ist nach wie vor gesperrt.

**Rhin.** Der Kampf der Arbeiter bei der Waggonfabrik vormalis H. Gerbrand & Co. in Rhin-Ehrenfeld dauert nunmehr schon vier Wochen. Obwohl die Firma in verschiedenen ausländischen Zeitungen inserierte, hat sie bis jetzt noch keine Arbeitswilligen im Betrieb. In der zweiten Woche richteten die Organisationsleiter die schriftliche Anfrage an die Firma, ob sie gewillt sei, mit den Organisationsvertretern zu einer Aussprache über die Differenzen zuzukommen. Die Firma lehnte diese Aussprache mit der Begründung ab, daß sie dem Arbeiterauschuß gefagt hätte, was sie von den Forderungen der Arbeiter bemilligen könnte. Da eine Aussprache mit den Vertretern der Organisationen nur eine Wiederholung dessen sein könnte, so halte sie eine solche für überflüssig. Die Firma will also nach wie vor nur die geringste von den Forderungen der Arbeiter bewilligen, nämlich: wöchentliche Lohnzahlung am Freitag. Von der Festlegung der schon 2 1/2 Jahre bestehenden neunstündigen Arbeitszeit will sie nichts wissen, ebenso nichts von einer Verdiensterhöhung von zehn Prozent. Dabei hat die Firma seit 1905 10, 12, 15, 15, 9 und 8 Prozent Dividende verteilt. Die Lohnverhältnisse sind bei Gerbrand seit Jahren die schlechtesten der ganzen rheinischen Waggonfabriken. Um die streikenden Arbeiter in ganz Deutschland zu sperren, hat die Firma zu dem beliebigen Mittel der schwarzen Listen gegriffen. Am Samstag den 15. April sind die Arbeiter in den Streik getreten und am Dienstag den 18. April hat die Firma schon eine 24 Folio Seiten starke schwarze Liste veröffentlicht. In dieser Liste sind 758 Arbeiter mit Namen, Berufs, Geburtsdatum und Geburtsort angegeben. Eine große Zahl von Jungen von 15 und 16 Jahren befinden sich ebenfalls in der Liste. — Die Kölner Schatzkammer waren die ersten, die an die Regierung petitionierten, das Streikpostensystem zu verbieten, sie selbst aber sind es, die sich nicht scheuen, 758 Arbeiter auf die schwarze Liste zu setzen, darunter noch eine große Zahl jugendlicher Arbeiter. Aber auch dieses Vorgehen wird der Firma Gerbrand nicht zum Siege verhelfen. Die Arbeiter sind gewillt, den Kampf mit zäher Ausdauer solange zu führen, bis die Firma bereit ist, Konzessionen zu machen. — Die „wohnterrichtete“ Deutsche Arbeiter-Zeitung summierte in ihrer Nr. 18, daß die Direktion beschloffen habe, den Betrieb auf ein halbes Jahr stillzulegen, trotzdem die Direktion eine ähnliche Zeitungsmeinung bei Beginn des Streiks demontiert hatte. Die Arbeiter-Zeitung weiß auch nicht einmal, daß die Waggonfabrik Gerbrand & Co. und die Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Rhin-Ehrenfeld nur ein Unternehmen sind, denn sonst würde sie nicht in Nr. 18 Streiks bei den „zwei“ Firmen melden.

**Delbe.** „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag“ ich dir den Schädel ein!“ Diese „christliche“ Erziehungsmethode hat hier bei den Metallarbeitern in letzter Zeit schöne Früchte gezeitigt. Die „christlich“ organisierten Metallarbeiter können es leider nicht vertragen, daß es in Delbe auch andersdenkende Metallarbeiter gibt, ja, daß sogar aus ihrem Verband Leute zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertraten. Deshalb verjagen sie nun, das durch „christliche“ Aufklärung zu verhindern. Es rotten sich 10 bis 15 dieser Selben zusammen und verhaften einzeln die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Das mögen die Früchte des religiösen Meinren sein. Vor kurzem hat man sich nach einem Sonntag am Sonntag mittag wieder zu 12 Mann an einem unserer jungen Kollegen vergangen, indem man ihn überlist und durchprügelte. Man vergriff sich sogar an einem trunken, wehrlosen Kollegen. Wenn so etwas die freigeorganierten Kollegen getan hätten, so würde man sagen: „Da könnt ihr die rote Umfarzbande der Sozialdemokraten sehen!“

**Schweidnitz.** Auch am hiesigen Orte erfassen immer mehr Metallarbeiter den Gemeinheitsgedanken. Noch vor kurzer Zeit zählte unsere Verbandsstelle 280 Mitglieder, jetzt ist die Zahl von 400 schon überschritten. Betrachtet man die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so muß ein jeder zugestehen, daß diese viel zu wünschen übrig lassen. Mit Ausnahme der Elektrizitätsfabrik wird in allen Betrieben noch 11 Stunden und darüber gearbeitet. Infolge des chemischen Streiks verjagte man auch hier Streikarbeit anfertigen zu lassen. Inzwischen war es die Gemeinheitshütte, die mit derartigen Arbeit beauftragt wurde, aber infolge der guten Organisation der Hausnummer war es hier möglich, die Arbeit ohne größere Schwierigkeiten abzuweisen. Die Firma kaufte die Modelle wieder zurück. Nach dem ein großer Posten Streikarbeit zu der Firma Hainz & Fremberg. Auch dort fanden die Kollegen einmütig zusammen und lehnten die Streikarbeit ab. Es hat sich also gezeigt, daß auch der sogenannte Arbeiter sich nicht zum Streikbrecher gebrauchen läßt. Um den Arbeitern der Gemeinheitshütte einmal den Zweck und Nutzen unserer Organisation klarzumachen, fand am 30. April eine Betriebsversammlung statt, die gut besucht war. Kollege Bödler hatte das Referat übernommen. Er erläuterte in gut verständlicher Weise den Zweck und Nutzen unserer Organisation und es fanden seine Ausführungen großen Beifall. Kollege Bartram forderte die Kollegen zum Beitritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf, es ließen sich auch sofort 18 Kollegen anwerben. Das war noch herabsehender Regen wie wir: tretet ein in unsere Reihen, denn nur durch gute Organisation können die Verhältnisse an hiesigen Orte gebessert werden.

**Stoll i. P.** In der Postwagenfabrik von Nischke ist ein Streik ausgebrochen. Zugang ist ferngehalten.

**Warteln i. Westf.** Hier will es bei den „Christlichen“ gar nicht so leicht herangehen. Trotz ihrer intensiven Agitation, bei der ihnen Gespinnst, Meißer und Zentralschlichter zur Verfügung stehen, haben sie es seit 1905 auf höchstens 40 Mann gebracht. Seit ihrem Bestehen haben sie hier auch noch keine Agitationsversammlungen abgehalten — sie dürfen das ja auch nicht, denn sonst würden sie es mit den Zentralschlichtern —, sondern ihre Tätigkeit beschränken auf die Besuche der Zentralschlichter. 1905 kam der große Winter, um die Zentralschlichter zu verlegen, das ist ihnen aber nicht gelungen. Jetzt kam Herzog, um den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu sprengen. Auch das wird ihm nicht gelingen. Wir geben dem Verbandsrat den Rat, bei dem katholischen Arbeiterverein zu agieren, denn dort sitzen die, die mit dem Verbandsrat, was die organisierten Kollegen durch die Organisation erreicht haben. Vor 1905, als die „Christlichen“ noch nicht hier waren, konnte man sich in Nischke auf was, das letzten wir in Ruhe. Jetzt wird kräftig auf uns geschimpft, bis die Reichstagswahlen darüber sein werden. Denn deswegen wird doch die ganze Aufregung gemacht. Alles was den „Christlichen“ nicht in den Sinn kommt, wird als rot gestempelt. In der Versammlung im Gemeinheitsrat (siehe Bericht in Nr. 16) sagte Berners: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei 1868 gegründet worden und habe während des Sozialkrieges im Keller der Hamburger Krankenkasse getrieben. Folglich seien deren Mitglieder auch Sozialdemokraten. Nun sind aber die meisten der „Christlichen“ noch Mitglieder der Hamburger Partei, der Vorherrscher der Christlichen ist sogar Kapitän der Flotte. Ein Schandspiel für Götter. „Christlicher“ Bevollmächtigter und „sozialdemokratischer“ Anwaltskassenoffizier! Wer noch das? Und das wird noch ein Ende haben, Berners wird ihnen schon zeigen, wohin sie gehören. Die „Christlichen“ wollen nicht zugeben, daß sie die Arbeiter nicht durch ihre Agitation gequält haben, sondern den Weg zu zeigen, wie sie als geschlossenes Ganzes im Dienste der Arbeiterklasse nützlich sein könnten.

werden sie von einem gewissen K., der im Gesellenhaus die erste Geige spielt, vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband grüßlich gemacht. Hat K. doch bei der Gründung der Jugendabteilung eine große Rede gehalten über den Terrorismus, den die Verbände gegen andere, die ihren religiösen Pflichten nachgeben, ausüben. Unter anderem sagte er folgendes: „Unser früherer Bevollmächtigter S., der 1907 von hier verjogen ist, wäre, als er in der Fremde ein Kind taufen lassen wollte, von den anderen Notizen verläßt und verhöht worden. Bei der Kommunikation der Tochter habe man ihn sogar bepredigt. Wir haben bei dem Kollegen S. angefragt und folgende Antwort erhalten: „Ich erkläre hiermit, daß von der ganzen Sache kein Wort wahr und alles aus der Luft gegriffen ist. Ich möchte also den K. erziehen, selbstiges zu widerrufen oder den Mann zu bringen, zu dem ich solches gesagt haben soll. Denn mein Jüngstes ist 1900 in Warteln geboren, also war noch keine Gelegenheit, in der Fremde zu taufen. Bei der Kommunikation meiner Tochter 1908 war ich noch wenig bekannt, es waren so viel Andersgläubige da, ich habe es vermieden, davon zu sprechen.“ Man kann also sehen, mit welcher Leichtfertigkeit irgend ein Schwindel aufgebracht und ausgenutzt wird, denn K. rebete nur nach dem Hörensagen. Bei diesen Brüdern gilt auch der Grundsatz: „Verleumde nur kühn, es bleibt immer etwas hängen.“ Wie die Versammlung vom 2. April weiter gewirkt hat, zeigt folgender Fall. Am zweiten Ostertag kam einer unserer Kollegen nach dem Spätkam in die Werkstatt. Gleich wurde er von einem „Christlichen“ angerempelt: „Na, gehen die Sozialdemokraten auch in die Kirche?“ Ebenfalls hatte dieser „Christliche“ die Absicht, das Gebete auf die Religion zu bringen, um nachher sagen zu können, die Verbände schimpften auf die Religion. In Warteln zündet schon das Wort Religion allein. Wir erinnern nur an die Versammlung vom 4. Dezember. Da war es doch kein anderer als der „christliche“ Gerhard, der die Religion in die Diskussion brachte, von der unser Kollege Hermann (Hamm) noch kein Wort gesagt hatte. Als letzterer darauf erwiderte, bei unserm Verband würde nicht nach Religion gefragt und als er gleichzeitig den Ausdruck des Bischofs lenke: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“ streifte, da gebärdeten sich die „Christlichen“ wie ein gewisses Tier, dem ein rotes Tuch vorgehalten wird. Da war bei ihnen einmal wieder das „religiöse Gefühl“ erwacht. Einer von ihnen hatte sogar den Witz in den Saal, um die Versammlung zu sprengen, es konnte ihm aber nichts helfen. Mit einem „schönen Gruß vom Herrn Vikar“ geht hier der große „christliche“ F. in den Häusern herum und verjagt bei den Alten, die Jungen aus „christlichen“ Organisation zu veranlassen. Man sieht also, sie organisieren nur, weil es der Pastor, der Vikar und die Meister gerne sehen, so wollen sie nach außen hin den „braven Kerl“ zeigen. Tren zur Seite stehen ihnen in der Arbeiterzerpflünderung das Westf. Volksblatt und der Westf. Volksfreund. Ueber die Versammlung vom 2. April brachten diese Blätter einen spaltenlangen Artikel, in dem gesagt wird, wie erfolgreich für die „Christlichen“ die Versammlung verlaufen sei. Die hiesigen Arbeiter lachen aber darüber, denn daß die Stimmung in der Versammlung nicht auf Seite der „Christlichen“ war, konnte man aus dem von ihnen angeführten Hoch erkennen, in das von den 400 Anwesenden höchstens 50 einstimmten. Wenn diese Wähler aber einmal die Arbeiter gegen die Unternehmer verteidigen sollen, dann sind sie nicht zu haben. Man denke doch einmal an 1902, als wir hier im Kampfe standen. Damals nahm der Westf. Volksfreund von den Arbeitern gar nichts auf. Der bestreikten Firma aber stand er bereitwillig zur Verfügung. Als 1905 im benachbarten Beleda auf der Union ein Streik ausgebrochen war, wurde den Arbeitern von dem Blatte gesagt, sie könnten sich nicht mehr mit der Sache befassen“. Und es waren in Beleda nur „Christliche“ und Strich-Dundersche. Wenn es hier wieder einmal zum Kampfe kommt, muß es doch wieder die Dortmunder Arbeiterzeitung sein, die die Interessen der Arbeiter vertritt, denn die Zentralschlichter tun es nicht. Kollegen, wir sehen, wie unsere Gegner arbeiten. Tue auch jeder von uns seine Pflicht, werde jeder ein Agitator für unsern Verband. Beteiligt euch rege an den inneren Arbeiten des Verbandes und besucht zahlreich die Versammlungen.

**Würzburg.** Die alte Bischofsstadt am Main ist dank einer rüch-ländigen Stadterweiterung nicht übermäßig mit Industrie gesegnet. Daß darunter alle Berufe und in erster Linie die Metallindustrie zu leiden haben, liegt auf der Hand. Die wenigen Betriebe in der Metallindustrie sind in den letzten Jahren nicht vorwärts gekommen. Die landwirtschaftliche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormalis Gebrüder Burgbaum wurde im vorigen Jahre „sanitiert“ und den früheren Direktoren wird der Prozeß gemacht. Die neue Leitung scheint entweder keine glückliche Hand zu haben oder sie hat mit großen Schwierigkeiten zu arbeiten, denn in der letzten Zeit wurden mehrere Arbeiter entlassen, und wenn man dem Gerücht Glauben schenken darf, werden weitere folgen. Die Maschinenfabriken von König & Bauer und Bohn & Gerber beschäftigten in den letzten Jahren ihre Leute zum Teil bei verlängerter Arbeitszeit. Bei Bohn & Gerber bestand wegen ungünstigen Geschäftsganges einige Jahre der Achtstundentag. Jedoch kommen diese beiden Betriebe, die Buchdruckmaschinen erzeugen, für die Arbeiterzeitung im Allgemeinen nicht in Betracht. Es ist dort ein alter Stamm von Arbeitern vorhanden, der Wechsel sehr gering, fremde Arbeiter werden selten eingestellt. Die Maschinenfabrik und Maschinenbauanstalt der Firma Koeil & Co. ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Verhältnisse für die hiesigen Metallarbeiter sind nicht als rosig zu bezeichnen. Besonders bei Moell & Co. sind die Verhältnisse sehr verbesserungsbedürftig. Eine eingeleitete Lohnbewegung ist leider an der Mangelhaftigkeit und Schamlosigkeit der Kollegen gescheitert. Im ersten Quartal dieses Jahres entfielen von unseren Kranken über die Hälfte der gemeldeten Kranken auf diese Firma, obwohl die Zahl der Mitglieder, die bei der Firma arbeiten, nur den vierten Teil unserer hiesigen Gesamtzahl ausmachen. Diese Feststellung genügt eigentlich, um sich ein Bild von den Verhältnissen bei dieser Firma machen zu können. Der höchste Lohn ist 47 S, jedoch sind es nur wenige Glücklich, die ihn erhalten. Vor kurzem wurden vom hiesigen Industriellenverband Arbeiter des Betriebes wegen 23-jähriger Tätigkeitsdauer ausgezeichnet, die nicht einmal einen Stundenlohn von 35 S haben. Neben den niederen Stundenlöhnen bestehen noch schlechte Arbeitspreise und es wird auch sehr viel in „provisorischem Accord“ gearbeitet. Bei diesem kommt es oft vor, daß wochenlang gearbeitet wird, auch mit Ueberstunden, und zum Schluß dürfen die Arbeiter noch sein, wenn sie einige Pfennige über den Stundenlohn erhalten. Die Dreher und Maschinenarbeiter haben unter fortwährenden Arbeitsbedingungen des Meisters S. a. b. u. d. r. zu leiden. Im Anfang seiner Tätigkeit mußte dieser Herr erst ein wenig Anstand beigebracht werden. Von oben wurde sein Ansehen gegen die Arbeiter als „preußische Schneidigkeit“ entzückt, jedoch hatten die Arbeiter kein Verständnis dafür. Dieser Herr scheint keine Haupttätigkeit darin zu erblicken, durch das Drücken der Arbeitspreise sich nach oben lieh Kind zu machen. Wenn aber die Zeitung wüßte, was unter seiner Aufsicht schon für Arbeit verrichtet worden ist und Maschinen defekt wurden, besonders in der letzten Zeit, wäre seine Herrlichkeit halb ruiniert. Es liegt natürlich auch mit daran, daß man die alten Arbeiter, die schon seit Jahrzehnten im Betriebe beschäftigt waren und die Maschinen und Arbeit genau kannten, als Pfaster geworfen hatte. Nun kommen auf einzelne Arbeiter 6 bis 7 Maschinen, an denen sie arbeiten müssen. Als kürzlich ein Arbeiter 60 S pro Stunde gezeichnet hatte, wurde ihm von Jahrbünder vorgehalten, wie er sich die Freiheit erlauben und 60 S berechnen könne. Dieser Arbeiter sagte sich, wenn ich bei 7 Maschinen keine 60 S verdienen darf, dann verachte ich auf die Arbeit und er machte Feierabend. Die alten Arbeiter werden hinasgeworfen und die Jungen gebissen. Sehr drängt natürlich die Arbeit, die Schloffer können nicht weiterarbeiten. In der Not glaubte nun Herr Jahrbünder einen Ausweg dadurch zu finden, daß er aus seiner Heimat (Rhin?) Arbeiter kommen lassen will. Wir glauben jedoch nicht, daß er darin Glück hat. Denn wer sollte von dort her kommen und für 30 bis 35 S arbeiten? Wir richten an die Kollegen die Bitte, Würzburg zu meiden, besonders die Firma Koeil & Co.

# Rundschau.

## Reichstag.

Die lebhafteste Spannung, mit der man in allen politischen Lagern der Beratung der Reichsversicherungsordnung entgegensteht, hatte eine ungewöhnlich große Anzahl von Abgeordneten nach Berlin geführt. Haus und Tribünen waren überfüllt, als der Präsident ohne jede Formlichkeit den ersten Paragrafen des ersten Buches aufliest. Nach den unzeitigen Entschuldigungen aus dem Lager der Mehrheitsparteien, wonach man beabsichtigt, 1754 Paragrafen des gewaltigen Gesetzeswertes abschnittsweise mit der größten Rücksichtlosigkeit durchnur zu prüfen, haben, wie bekannt, eine so große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen, daß die Wäter dieses Gesetzes noch in letzter Stunde davon Abstand genommen haben. Allerdings ist dieses „Entgegenkommen“ nicht allein auf die Furcht vor entschlossener Abwehr durch die Sozialdemokratie zurückzuführen, sondern sicherlich auch mit auf den Umstand, daß noch immer starke Gegenkräfte auch im Schöße der Mehrheitsparteien vorhanden sind. Bisher sind in der öffentlichen Diskussion mehr die allgemeinen politischen Gesichtspunkte herausgestellt worden, die Entziehung der Krankenkassen, die Entmündigung der ländlichen Arbeiter auf unserer Seite, die Ausbehnung der Versicherung, die Schaffung der Witwen- und Waisenversorgung durch unsere Gegner; aber während sich vorauszagen läßt, daß an diesen Punkten die starke Mehrheit der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen allen Anstrengungen zum Troste sich als haltbar erweisen wird, gibt es eine Menge weniger beachteter sachlicher Punkte, bei denen es leicht zerfallen kann. Man denke nur an den scharfen Protest, den der Zentralverband deutscher Industrieller gegen den Entwurf losgelassen hat und der in einem Unannehmbar abgelehnt. Das Wortum einer solchen machtvollen und einflussreichen Unternehmerorganisation wiegt denn doch zu schwer, als daß es völlig unbeachtet bleiben könnte.

Das erste Buch freilich enthält nichts, was innerhalb der Reihen der Mehrheitsparteien Gegenstand einer ernstlichen Auseinandersetzung werden könnte. Daher war die Opposition sozusagen zu Monologen verurteilt; aber es wäre wohl vorzuziehen, daraus einen Schluß auf die späteren Ereignisse zu ziehen. Selbstverständlich liegt besonders dem Zentrum und den Konservativen daran, das Wort zum Abschluß zu bringen, damit sie nicht genötigt sind, bei den kommenden Wahlen ganz mit leeren Händen vor die Wählerchaft zu treten; die Verurteilung ist deshalb für sie groß, die Versicherungsordnung im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission durchzuführen. Sie sagen sich, daß jede, auch die kleinste wesentliche Veränderung eines Teiles das ganze Gefüge lockern kann. Aber, wie wiederholt, über eine große Zahl von kritischen Punkten ist die Kommission mit einer gewissen Leichtigkeit hinweggegangen, um überhaupt erst einmal eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Es war auch den Unternehmern im Lande bei den monatlichen Kommissionenberatungen nicht möglich, sich darüber auf dem Laufenden zu halten und alle die zahllosen Einzelheiten in ihrer Tragweite zu erwägen.

Das Verhalten der Mehrheitsparteien beim Anfang der Beratungen kann man nur als schamlos bezeichnen. Sie gaben sich nicht einmal die Mühe, auch nur den Anschein einer Diskussion zu machen, ja als einer ihrer Vertreter, der Abgeordnete Dr. Fischer, einmal zur sachlichen Erklärung ihres Standpunktes etwas weiter ausholte, schrien sie ihn in der ungehörigsten Weise an. Ein brutales Verhalten, das ihnen von unserm Hebel ein kräftiges „Wuf!“ eintrug. Man übertrifft wohl nicht, wenn man behauptet, daß die meisten Abgeordneten der Mehrheitsparteien keine blasse Ahnung von dem haben, was überhaupt auf dem Spiele steht. Das hat sich schon in der Kommission gezeigt; bei deren Mitglieder man doch immerhin eine gewisse Vertrautheit mit dem Stoffe voraussetzen muß. Mehr als 500 Anträge der Mehrheitsparteien sind in der Kommission angenommen worden, ohne daß sie auch nur mit einem einzigen Worte begründet wurden. Ein solches beispielloses Verhalten ist nur aus dem Umstand erklärlich, daß die Schöpfer dieser Anträge überhaupt nicht im Reichstag sitzen; sie hocken im Reichsamt des Innern, im Reichsversicherungsamt, in den Büros der Unternehmerverbände und an ähnlichen Stellen.

Von dem Wege sachlicher und erschöpfender Klarstellung dessen, was nun Gesetz werden soll, werden sich unsere Genossen durch kein Manöver abbringen lassen. Die Wanzentaktik des Stichtotstellens, die unsere Gegner gewählt haben, wird ihnen gerechte Beachtung bei allen denen eintragen, denen ein Arbeiterversicherungs-gesetz mehr ist als eine bloße Nummer in einem Wahlprogramm.

### Proteste gegen die Reichsversicherungsordnung.

In der Neuen Welt zu Berlin wurde am 30. April der Sechste allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands abgehalten. Es waren 705 Kassen und 51 Kassenvereinigungen mit 6897351 Mitgliedern durch 1586 Delegierte vertreten, darunter 433 Unternehmer und 350 Kassenbeamte. Der Kongreß wurde von Simanowski (Berlin) und Fräßdorf (Dresden) geleitet. Im Reichsamt des Innern hatte natürlich, wie gewöhnlich in solchen Fällen, wieder einmal der berühmte „Zeitmangel“ geherrscht, gerade so wie im Generalsekretariat der „Christlichen“ Gewerkschaften. Als Gäste anwesend waren nur Vertreter des Berliner Magistrats, der Landesversicherungsanstalt Berlin, des Kaiserlich Statistischen Amtes und des statistischen Amtes der Stadt Berlin. Von den sämtlich geladenen Reichstagsfraktionen war nur die sozialdemokratische vertreten.

Die Tagesordnung lautete folgendermaßen: 1. Die Reichsversicherungsordnung nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstages, Referent: Justizrat Dr. M. Mahr (Frankfurt); 2. Die Familienversicherung in der Krankenversicherung als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, Referent: Herr Dr. med. Chajes (Berlin); 3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiet der Krankenversicherung, Referent: Arbeiterssekretär Hr. Klees (Galle a. S.).

Der Kongreß nahm folgende Resolution einstimmig an: „1. Wenngefallt die Reichsversicherungsordnung auch in der Fassung der Reichstagskommission Verbesserungen von Seiten der sozialen Versicherung enthält, so bringt sie doch als Ganzes nicht den Fortschritt, den die gesamte Arbeitnehmerschaft und die unteren Mittelschichten von einer freihändigen Sozialpolitik erwarten mußte, und amiet den Geist des Rückschrittes namentlich auf dem ganzen Gebiet der Krankenversicherung.“

2. Der Ausschluß der Frauen von der Ausübung ritterlicher Tätigkeit bei den Versicherungsbedürfnissen, das Uebergewicht der beamteten Mitglieder über die Laienmitglieder in den Ausschüssen der Oberversicherungsämter, der Wegfall des Verwaltungsfreiwirtschafters, der Ausschluß der Revision für Beschlußsachen bei der Krankenversicherung und die Ordnung des Feststellungs- und Rechtsmittelverfahrens der Unfallversicherung fordern den entschiedenen Widerspruch heraus.

3. Die geplante Reichsversicherungsordnung hält gegen alles soziale Bedürfnis an der Versicherungsgrenze von 2000 M. fest, bringt keine wahrhafte Mutterhilfe- und Familienhilfe, verschlechtert selbst des Entwurfs schädliche Versuche einer größeren Vereinheitlichung der Krankenversicherungsträger, bringt eine minderwertige Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, erschwert die freien Hilfsklassen als Ersatzklassen, verlegt bei der Gestaltung der Selbstverwaltung alle Rücksichten auf die Gerechtigkeit und die Entwicklungsfähigkeit der Kassen und bindet beim Kassenangehörigenrecht alle Freiheiten der Vertragsstehenden zugleich mit schwereren Eingriffen in wohnortbezogene Rechte, verschlechtert das Verordnungs- und Genehmigungsrecht der Krankenkassen, bringt eine Verletzung des Arbeitsproblems und der Apothekerfrage und gefährdet das so bedeutsame Selbstverfahren der Versicherungsanstalten, ohne andererseits den Gewinn der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen.

4. Die Witwen- und Waisenfürsorge ist zu kümmerlich, hat sie als ernsthafter Versuch der Hinterbliebenenversicherung bewertet werden könnte.

5. Die Versammlung bittet den Reichstag, der Reichsversicherungsordnung die hier geklagten schweren Mängel zu nehmen und eine wirklich großzügige Reformarbeit zu schaffen. Andernfalls steht die Versammlung nicht an, die Ablehnung der Reichsversicherungsordnung zu fordern, weil die fortschreitende Entwicklung der Krankenversicherung, dieser Grundlage der Volksgesundheitspflege, durch die Umgestaltung des Stimmrechts und die neuen Schranken der Selbstverwaltung unmöglich gemacht werden wird.“

Am 29. April waren im Berliner Gewerkschaftshaus 280 Vertreter von 209 freien Hilfsklassen mit 761 822 Mitgliedern zu demselben Zwecke zusammengetreten. Der Kongreß hatte sich aber außerdem noch mit der Stellung der Reichsversicherungsordnung zu den freien Hilfsklassen und mit dem Entwurf des Gesetzes wegen Aufhebung des Hilfsklassengesetzes beschäftigt. Referenten waren Jaffe (Hamburg) und Weisinger (Hamburg). Es wurden ebenfalls zwei entsprechende Resolutionen angenommen, die wir aber aus Raumangel leider nicht abdrucken können.

Ferner tagte, auch in der Neuen Welt, am 30. April ein sehr stark besuchter Kongreß der Krankenkassenangehörigen, wo Siebel (Berlin) über „Stellungnahme zum Einführungs-gesetz und zum Krankenkassengesetz in der Reichsversicherungsordnung“ referierte. Die Krankenkassenangehörigen haben ein berechtigtes Interesse daran, den unerhörten Verdrächtigungen entgegenzutreten, die in der letzten Zeit bei Gelegenheiten der Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung gegen sie geschleudert worden sind. Eine in solchem Sinne gehaltene Resolution wurde denn auch angenommen.

### Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	4. Quartal 1910	1. Quartal 1911	Zunahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband . . . . .	482006	480680	13674
Schmiedeverband . . . . .	17000	17123	123
Kupfer- und Messingverband . . . . .	4484	4497	13
Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) . . . . .	40788	41686	598
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband . . . . .	33963	38035	4072

Die Zahl von 480 680 für den Deutschen Metallarbeiter-Verband ist nicht richtig, es liegt da vielleicht ein Druckfehler vor, denn vom Verbandsamt ist die Zahl 481 680 an das Statistische Amt gemeldet worden. Unsere Mitgliederzahl ist aber nach den inzwischen eingegangenen Quartalsabrechnungen am Ende des 1. Quartals noch um einige Tausende höher gewesen als 481 680.

Zimmerer. Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und verwandter Berufsgenossen hielt vom 2. bis zum 8. April in Leipzig seine neunzehnte Generalversammlung ab. Aus der Debatte über den Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß der Vorsitzende Schrader in seinem Schlusswort unter anderem sagte: „Wir reklamieren die Einzelarbeit für uns; auf die Dauer können die Betonarbeiten von ungelerten Arbeitern nicht ausgeführt werden. Das ist Zimmererarbeit.“ In der Debatte über das Verbandsorgan wurde unter anderem die Art der Polemik gegen den Grundstein bemängelt, ferner wurden von einem Delegierten die in dem vom Redakteur Bringmann verfaßten Verhaltensregeln (betitelt: Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung) enthaltenen Ausfälle gegen die Verbände der Holzarbeiter und der Metallarbeiter kritisiert. Das Verbandsorgan, Der Zimmerer, galt bisher als Privatunternehmen des Redakteurs Bringmann, der auch als Verleger zeichnete. Nunmehr wurde folgender Antrag des Vorstandes angenommen:

„Da die Geschäfte des Zimmerer im Laufe der Jahre an Umfang bedeutend zugenommen haben, wird eine Trennung des Verlags und der Redaktion vorgenommen. Der Verlag geht an den Verband selbst über und werden die Geschäfte des Verlags durch den Zentralvorstand besorgt; die damit verbundenen Kassenangelegenheiten werden von der Hauptkasse übernommen. Als Verleger fungiert der Verbandsvorsitzende.“

Die Redaktion des Zimmerer behält nach wie vor hinsichtlich der Herausgabe von Mitarbeitern, Festlegung des Honorars derselben, Anschaffung von Literatur, Zeitungsabonnements u. dgl. frei. Das auf die Redaktion bezügliche Generalversammlungsbeschlüsse bleiben in Kraft.

Die bisherigen Funktionen der Preiskommission gehen auf den Zentralvorstand über, der § 29 des Statuts in seiner letzten Fassung wird aufgehoben.

Schwererdefizit wegen Differenzen zwischen Redaktion und Zentralvorstand ist, wie in allen übrigen Fällen, der Verbandsausfluß.“

Ueber die Stellung des Verbandes zu den Tarifverträgen referierte Bringmann und empfahl folgenden Antrag aus Mülhausen im Elsaß:

„Die 19. Generalversammlung erneuert die früheren Beschlüsse, wonach den örtlichen Organisationen eine uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht über Inhalt, Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge zusteht. Allen Bestrebungen, die Tarifverträge zu zentralisieren, ist der schärfste Widerstand entgegenzusetzen.“

Der Referent führte in seinem Vortrag hauptsächlich aus, daß im Zimmerergewerbe ein Reichstaxi (wie er zum Beispiel bei den Buchdruckern schon längere Zeit besteht) nicht zu brauchen sei. Oft komme es vor, daß an Orten, wo seit Menschengedenken die Bau-tätigkeit nur unbedeutend war, diese dann plötzlich von der Spekulation befehlt und zur höchsten Wille getrieben werde, so daß die Millionen gewissermaßen von der Straße aufgeföhren würden. Sollte man da warten, bis der Schneidengang eines Reichstaxis die Wände der neu entstandenen Verhältnissen anpasse? Umgekehrt werde der Reichstaxi bedeutungslos an Orten, wo die Bau-tätigkeit plötzlich aufhört. Ferner richtete sich der Antrag gegen den Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe, der deswegen die Verträge mit den Zentralvorständen abschließen wollte, damit diese die verantwortlichen und sachbaren Kontrahenten seien. Der erwähnte Antrag wurde angenommen.

Der vierte Punkt der Tagesordnung lautete folgendermaßen: „Die rüsten wir uns weiter a l l g e m e i n u s s p e r r u n g e n g e g e n ü b e r ?“ Dazu lagen nicht weniger als 41 Anträge vor, die sich fast alle für Extrabeträge zu einem Kampffonds aussprachen, weil man mit der Wäldigkeit rechnen muß, daß es bei der Tarifernennung im Jahre 1913 zu einem großen Kampfe kommen wird. Im Jahre 1910 waren zur Unterstützung der Zimmerer 1 700 000 M. nötig. Ueber den bevorstehenden Kampf jagte der Referent e d e u n t e r a n d e r m : „Welche Summen wir brauchen, läßt sich nicht sagen. Wir sind auf Schätzungen angewiesen und ich glaube, wir brauchen drei Millionen. 1910 haben wir die von der Generalkommission veranlasseten öffentlichen Sammlungen in Anspruch genommen. Daß 1913 wieder für uns gesammelt wird, halte ich für ausgeschlossen. Wir werden dann auf eigenen Füßen stehen müssen.“ Beschlossen wurde nach langer Debatte zunächst gegen eine Summe im Betrag, daß die Mitglieder verpflichtet sind, in den Jahren 1911 und 1912 besondere Mittel zur Stärkung der Finanzen aufzubringen. Dies soll durch eine Einheitsmarke geschehen. Die übrigen Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Diese beantragte, im Jahre 1911 dreißig Wochen lang Extrabeträge zu erheben und 1912 auf die Dauer von vierzig Wochen. Diese sollen in der ersten Beitragsklasse wöchentlich 15 S. betragen und in jeder folgenden Klasse um 5 S. steigen bis zu 35 S. in der fünften Klasse. Der Antrag wurde mit 93 gegen 31 Stimmen angenommen.

Mehrere Anträge, wonach die Gauleiter auf Bezirkskonferenzen oder von den Mitgliedern der Bezirke gewählt werden sollten, wurden abgelehnt.

### Arbeiterversicherung.

Festlegung der zuständigen Berufsgenossenschaft. Die Fabrik für Buchbinderei- und Buchdruckmaschinen (Chr. W. in Leipzig) unterliegt in Berlin eine Verkaufsstelle. Vertreter der Firma ist Herr Sch. Dieser besorgt den Verkauf und die Ausstellung der Maschinen in den Räumen des Käufers. Als am 23. März 1908 in der Reichsdruckerei eine Maschine aufgestellt wurde, erlitt dabei der Arbeiter B. einen Unfall durch eine starke Quetschung der rechten Hand. B. erbob nun, da erhebliche Folgen des Unfalls zurückblieben, bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, Sektion I, Anspruch auf Entschädigung.

Diese Genossenschaft wies durch Vorbescheid vom 16. Juli 1908 und durch berufungsfähigen Bescheid vom 22. Januar 1909 den Anspruch zurück, indem sie erklärte, daß der Betrieb des Herrn Sch. bei ihr nicht versicherungspflichtig sei. Auch die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, zu der der Betrieb der Maschinenfabrik W. gehört, erklärte, daß die Niederlage der Maschinenfabrik W., der Sch. vorsteht, bei ihr nicht versicherungspflichtig sei, da die Niederlage in Berlin einen selbständigen Betrieb darstelle. In einem weiteren Schreiben wurde erklärt, daß vielleicht die Zuständigkeit der Lagerberufsgenossenschaft gegeben sei.

Der Verlekte legte gegen den ablehnenden Bescheid der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Berlin ein. Dieses wies die Berufung zurück und erklärte, indem es sich den Gründen der Genossenschaft anschloß, den Betrieb des Sch. für nicht zu derselben gehörig. B. rekurrierte zum Reichsversicherungsamt. Dieses lud die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft zum Verfahren ein und erhob über die tatsächlichen Verhältnisse Beweis. Als festgestellt wurde, daß der Vertreter Sch. nur Maschinen der Leipziger Maschinenfabrik zum Verkauf brachte, daß die Fabrik die Lagerräume, Licht und Heizung zahlte und in verschiedenen Fällen die von Sch. bestellten Maschinen durch ihre eigenen aus Leipzig beorderten Monteurs aufstellen ließ.

Das Reichsversicherungsamt verneinte daraufhin das Bestehen eines selbständigen Betriebes des Sch., die ausgeführten Arbeiten wurden vielmehr als Bestandteil des bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft versicherten Maschinenfabrikbetriebes der Firma W. angesehen. Unter Freilassung der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft wurde darauf die Sächsisch-Thüringische Berufsgenossenschaft verurteilt, B. für die Folgen des am 23. März 1908 erlittenen Betriebsunfalles zu entschädigen.

Wäre die Filialniederlage als selbständiger Lagerbetrieb angesehen worden, so hätte B. nicht entschädigt zu werden brauchen, da der Betrieb nicht im Handelsregister eingetragen, mithin nicht zu den bei der Lagerberufsgenossenschaft versicherungspflichtigen Betrieben gehörte.

### Aus den Unternehmerverbänden.

Zentralverband deutscher Industrieller. Der Ausschuß dieses Verbandes hielt am 28. April im Hotel Adlon zu Berlin eine Sitzung ab, wo nach einem Referat des neuen Geschäftsführers, Regierungsrat Schweighöfer, folgende Resolution zur Reichsversicherungsordnung angenommen wurde:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller faßt seine Stellungnahme zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung dahin zusammen, daß er auch in der jetzigen Gestalt der Vorlage eine unannehmbarere Aenderung unserer Arbeiterversicherung erblickt. Unter Außerachtlassung der wirtschaftlichen Leistungen der Arbeitgeber und der gegenständlichen Wirksamkeit unserer großen Fabrikbetriebe in sozialer Beziehung sind durch die Ausschüsse der Arbeitgeber neue Leistungen und Belastungen auferlegt, welche schwere wirtschaftliche Beeinträchtigungen nicht nur für die Gewerbetreibenden selbst, sondern auch für die nationale Wirtschaft überhaupt und nicht zuletzt für die Arbeiterchaft im Gefolge haben werden. Durch die immer fortschreitende Vermehrung der Lasten wird nicht nur die Ausführbarkeit, sondern auch der Bestand der deutschen Industrie überhaupt in Frage gestellt. Der Zentralverband ist der Überzeugung, daß es wohl möglich ist, noch in den Beratungen des Reichstages den Gesetzentwurf erträglich zu gestalten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so würde der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Vorzug zu geben sein.“

Auch die Arbeiter haben viel an der Reichsversicherungsordnung auszusetzen, nur ist es anderer Art als das, was in dieser, von jedem Unternehmerrgoismus diktierten Resolution zum Ausdruck kommt. Grund genug für die Arbeiter und deren Vertreter, ebenfalls auf dem Posten zu sein.

### Vom Submissionswesen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (Nr. 471, Abendausgabe vom 28. April) teilt folgende Submissionsliste mit: „Bei dem Submissionsstermin für die Bergung der Eisenkonstruktion der Schleusen am Rhein-Ferne-Kanal wurden 16 Angebote mit nachstehenden Preisen geöffnet: Gutehoffnungshütte, Oberhausen 520 070 M.; Eberhard, Bromberg 525 571 M.; Eisenwerk Kaiserlautern, Kaiserlautern 536 324 M.; Dormmunder Brückenbau, E. S. Zucht, Dortmund 553 988 M.; Gesellschaft Harbort, Duisburg 570 863 M.; Aug. Köhne, Dortmund 572 904 M.; Breßl & Co., Berlin 589 375 M.; Louis Eilers, Hannover 617 062 M.; Steffens, Röhle & Co., Essen 688 538 M.; Union, Aktiengesellschaft für Eisenbau- und Brückenbau, Essen 693 969 M.; Union, Dortmund 739 697 M.; Joh. Dörnen, Detmold 749 638 M.; Brückenbau Glender, Bertaß 752 404 M.; Weuschel & Co., Berlin 766 069 M.; Vereinigte Kammerische und Bletter Schneeböhlige Werte, Berlin-Wittenau 783 223 M.; W. Dieterich, Hannover 1 001 408 M.“

### Die reinste Kapuzinerbetelei.

Die schwarzgelben Agitatoren des Zentrums-Metallarbeiterverbandes geben sich die allergrößte Mühe, ein paar Mitglieder einzufangen. Sie winkeln geradezu um Eintritt in ihre „religiöse“ Organisation, die „national“ und „unternehmerfreundlich“ unter allen Umständen ist. Ja, sie gehen sogar noch weiter. Sie scheuen sich nicht, denen, die sie im Sprengel fangen wollen, die kläfften Unwahrheiten aufzutischen. Haben wir sie nur, so denken sie sich, dann werden wir ihnen schon die alleinigmachende Dummheit beibringen.

So wird zurzeit in Schw. Omünd ein Zirkular verfaßt, das zwar aus dem Jahre 1909 stammt, zu dessen Erneuerung maßgebend aber die „gefüllten“ Kassen nicht ausreichten. Es ist darauf berechnet, auf frühere Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu „wirken“. Da es aber in einem hingehit, sendt man es hier und da in dem schwarzblauen Dämmerzustande aus an solche Kollegen, die noch Mitglied bei uns sind. Es lautet:

Omünd, den . . . . . 1909.

Werter Kollege!

Wir erlauben die Mitteilung, daß Sie aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgetreten sind.

Bei dieser Gelegenheit halten wir es für angebracht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß in den jüngsten Wochen und Tagen die Situation in unserer Industrie, insbesondere bezüglich des Verhältnisses des Arbeiters zum Arbeitgeber sich wesentlich geändert hat. Wie kaum in einer anderen Zeit verlangt es die Gegenwart von der Arbeiterchaft, an ihrer Organisation festzuhalten, näheres hierüber ersehen Sie aus beiliegendem Schreiben.

Die Gründe, welche Sie bewegen, aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband auszutreten, sind uns nicht bekannt. Wir haben aber Veranlassung, anzunehmen, daß die Neuordnung des Unternehmensebens, insbesondere die Abschaffung der Ausschüßtagunterstützung Ihren Beifall nicht gefunden hat. Deshalb gestatten wir

uns, Ihnen mitzuteilen, daß in unserm Verband noch wie vor die

Zudem wir noch darauf verweisen, daß der christliche Metall-

NB. Bei Ihrem eventuellen Uebertritt genügt es, entweder auf

Wahlweissich trägt das Nachwort keine Unterschrift, damit man

den Betrüger nicht fassen kann. Denn der „religiöse“, „neutrale“,

Verwaltung Schw. Gmünd, Abrechnung des

Table with 4 columns: Year, Contributions, Expenses, Balance. Rows for 1909, 1910, and 1911.

Wenn also die Hauptklasse bei dem in Gmünd ausposaunten

Sirich-Dunderiana.

Der Regulator im Dienste der Schanzmayer. Seit einiger Zeit

Wegen den schwereren finanziellen Verhältnissen der streikenden

Man ist sich bei den Kopf und fragt sich, ob es möglich ist,

Herr Jakob Fber, Karlsruhe.

Der Kollege Beging hat es abgelehnt, als Streik-

Der Kollege Beging hat es abgelehnt, als Streik-

gung bei der Firma West & Dyserint in Amsterdam brachte für

Mancher Kollege wird vielleicht die Nase darüber rümpfen,

Wenn man aber den kleinen Prozeßvergleich damit vergleicht,

Natürlich taten wir das nicht und beschränkten uns allein auf

Bei unseren anderen Bewegungen wurden bessere Erfolge

Zwei Kollektivverträge wurden (da mit keinem Vertrag für

Streik . . . 6914,80 M . . . Stunden

Kollektivverträge . . . 14745 . . . 17420

Lohnbewegungen . . . 26941,60 . . . 292672

Zusammen 50601,40 M Zusammen 300092 Stunden

Außerdem gelang es uns noch, in verschiedenen Maßregelungs-

Technische Monatshefte. Zeitschrift für Technik, Kultur

Literarisches.

Die Zeitschrift in der amtlichen Berufs- und Betriebs-

Die Zeitschrift in der amtlichen Berufs- und Betriebs-

Alkohol und Geschlechtskrankheiten von Dr. med. Edwin Sab.

Der Tod auf dem Schlachtfeld. Eine epische Dichtung von

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 13. Mai: Glogau, Schreyer, Markt 21, halb 9.

Sonntag, 14. Mai: Altding, Alte Post, 10 Uhr.

Dienstag, 16. Mai: Neuwuppin, Kräfemann, halb 9.

Mittwoch, 17. Mai: Marienwerder, Treichel, Schäferstr. 8.

Donnerstag, 18. Mai: Blankenburg a. S., Vorwärts, 8.

Freitag, 19. Mai: Eisenach, Fröhlicher Mann, halb 9.

Samstag, 20. Mai: Augsburg, Drei König, 8 Uhr.

Sonntag, 21. Mai: Bitterfeld-Deulitz, Lindenhof, 1/10.

Dienstag, 23. Mai: Hannover (Wahl) Gewerksch., 1/9.

Samstag, 26. Mai: Bitterfeld-Deulitz, Lindenhof, 1/10.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag.

Vom Ausland.

Niederlande.

Der Niederländische Metallarbeiter-Ver-

Der Niederländische Metallarbeiter-Ver-